

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Die Nato
hat ihr
Kriegsziel
noch nicht
erreicht
S.3**

**PKK
erneuert
Friedens-
angebot
S.7**

**Kein
Tag des
„Nationalen
Wider-
stands“ in
Hamburg
S.11**

**Nazis bei
Kommunal-
wahlen im
Osten aktiv
S.13**

**30 000 bei
Euromarsch
in Köln
S.15**

**Während
die Bomben
fallen –
Diskussionen
in Serbien
S.23**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redateure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

ERWERBSLOSIGKEIT. Nach Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird die Schaffung eines „staatlich subventionierten Niedriglohnsektors“ wenig zur Minderung der Erwerbslosigkeit beitragen. Die Regierungspolitik zielt darauf ab, Arbeitsplätze mit geringem Qualifikationsbedarf zu Niedriglöhnen zu schaffen, z.B. in der Landwirtschaft oder im Gaststättengewerbe. Solche Arbeiten erfordern jedoch in der Regel große körperliche Kraft. Das Hauptproblem besteht nach einer Studie des Instituts jedoch in einem hohen und wachsenden Sockel von älteren Menschen von 55 Jahren an aufwärts, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden und um so weniger eine Aussicht auf bezahlte Arbeit haben, je länger sie arbeitslos sind. Entgegen der landläufigen Meinung spielen geringe Qualifikation jedoch keine so bedeutende Rolle. „Das heute die Arbeitslosigkeit prägende Segment älterer Langzeitarbeitsloser ist für einen potentiellen Niedriglohnsektor ... kaum geeignet“, sagen die Arbeitsmarktforscher.

RENTENKÜRZUNG. Arbeitsminister Riester will 4 Mrd. DM an Rentnerinnen und Rentnern einsparen. Nach der geltenden Regelung müßten die Rentnerhöhungen nach den Tarifabschlüssen dieses Jahres für die Jahre 2000 und 2001 bei drei bis vier Prozent liegen. Nach dem Vorschlag Riesters sollen sie jedoch auf die Hälfte reduziert werden; ein Teil der „Ersparnis“ wird seinen Vorstellungen zufolge durch Senkung des Rentenbeitragsatzes um ½ % an Lohnabhängige und Kapitalisten weitergegeben. Weitere 4 Mrd. DM will Riester bei den Beiträgen des Bundes zur Sozialversicherung für Arbeitslose einsparen: Dadurch erhalten diese später noch weniger Rente.

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG.

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist weiterhin steigend. Nach Angaben der „Kampagne gegen Wehrpflicht“ haben allein in den ersten vier Monaten 1999 61.297 Wehrpflichtige verweigert (gleicher Zeitraum 1998: 60.747, 1998 insgesamt 171.600, das sind ca. 40%). Die „Kampagne“ weist darauf hin, daß die Zahl gerade auch im Hinblick auf die abnehmenden Jahrgangsstärken beachtenswert ist. Besonders drastisch stieg die Zahl der Verweigerungen bei Reservisten seit Beginn des Angriffskrieges: 117 Anträge im März 1999, bereits 251 im April. (1998: 113 bzw. 104). Die „Kampagne“ erklärte dazu: „Diese Reservisten haben sich gegen den Krieg entschieden.“

DER DEUTSCHE SOLDAT. Kriegsmminister Scharping hat einen 29jährigen homosexuellen Oberleutnant von seiner jahrelangen Ausbildertätigkeit entbunden und ihn zwangsweise in den Schreibdienst versetzt. „Homosexualität“, rechte fertigte er seinen Schritt in einem Brief an Trittin, „begründet erhebliche Zwei-

fel an der Eignung und schließt eine Verwendung in solchen Funktionen aus, die an Führung, Erziehung und Ausbildung von Soldaten gebunden sind.“ In einer auf Aggression nach außen ausgerichteten Truppe wird „abweichendem Verhalten“ noch weniger Raum gelassen, werden die Schrauben der Diskriminierung und Ausgrenzung anders Lebender und Andersdenkender weiter angezogen. Die Schwusos (Landesarbeitskreis Schwuler in der SPD) Niedersachsen fordern den Rücktritt Scharpings.

VOLKSGEMEINSCHAFT. Roland Koch, CDU, neuer hessischer Ministerpräsident, der bisher besonders durch einen die Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Paß befördernden Wahlkampf hervorgetreten war, beabsichtigt, den Landesausländerbeirat abzuschaffen und stattdessen einen „Beauftragten der Landesregierung für Spätaussiedler und Heimatvertriebene“ einzusetzen. Vorgesehen dafür ist der CDU-Politiker Friedrich, zugleich Vorsitzender der hessischen Ackermann-Gemeinde sowie aktives Mitglied bei zahlreichen Revanchistenverbänden. Friedrich tat sich jüngst mit der Forderung nach einer „symbolischen Zahlung der tschechischen Regierung“ als „Entschädigung für die Sudentendeutschen“ hervor.

ABSCHIEBUNGEN. Seit dem 1. Juni werden algerische Sicherheitsbeamte die Abschiebungen abgelehnter algerischer Asylbewerber von Deutschland aus durchführen. Angesichts der deutschen Asylrechtsprechung gegenüber algerischen Flüchtlingen – nur 1,7 % der Anträge werden positiv beschieden – ist zu befürchten, daß in Zukunft zahlreiche Oppositionelle und Flüchtlinge in Haft, Folter oder Tod abgeschoben werden. Pro Asyl geht davon aus, daß mit dem 1. Juni Massenabschiebungen nach Algerien in Gang gebracht werden; in der ersten Phase sollen bis zu 30 Flüchtlinge pro Flug abgeschoben werden, doch bereits jetzt werde über Charterflüge verhandelt. Pro Asyl und zahlreiche andere Organisationen und Personen protestieren und fordern die Annullierung des Rückübernahmeabkommens mit Algerien.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 16.6. wird eine Regierungserklärung zum Thema „Globalisierung gemeinsam gestalten“ abgegeben, die PDS-Fraktion legte dazu den Antrag: „Soziale und demokratische Weltwirtschaftsordnung statt neoliberale Globalisierung“ vor. Am 17.6. steht der Agrar- und ernährungspolitische Bericht der Bundesregierung auf der Tagesordnung, ferner die erste Beratung des „SED-Opfer-Rehabilitations-Verfahrensgesetzes“. Weiter wird die Parlamentarische Kontrollkommission sowie das Gremium gemäß § 41 Abs. 5 des Außenwirtschaftsgesetzes zur Kontrolle der Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gewählt.



Explodierende Clusterbombe



Zerstörtes Hospital



Novi Sad: Die Raffinerie brennt

Die Forderung bleibt aktuell. NATO raus aus dem Balkan!

Am Dienstag (8.6.) um 14.30 Uhr vermeldeten die Nachrichten die Einigung der G8-Außenminister auf einen gemeinsamen Text für eine Kosovo-Resolution des UN-Sicherheitsrats. Die genauen Einzelheiten sind noch nicht bekannt, doch mußten die NATO-Außenminister einer gemeinsamen Kommandostruktur für die internationalen Einheiten zustimmen, die alsbald im Kosovo stationiert werden sollen. Der russische Außenminister gab bekannt, daß Rußland ein Kontingent von 10.000 Soldaten stellt, die nicht dem NATO-Oberbefehl unterstünden. Durch die Einigung wurde eine brandgefährliche Situation, zumindest vorerst, entschärft.

„Milosevic hat sein Wort gebrochen“, hatte die Kriegspropaganda zuvor verbreitet. Tatsächlich jedoch hatte nicht Jugoslawien, sondern die NATO die Weltöffentlichkeit und v.a. Rußland und Jugoslawien getäuscht und die Gefahr der Eskalation des Krieges heraufbeschworen. Die jugoslawische Regierung hatte dem 12-Punkte-Plan der G8-Staaten zugestimmt – die NATO dagegen hatte es offensichtlich darauf angelegt, den Kosovo handstreichartig in ihre Gewalt zu bringen. Die NATO-Militärs hatten versucht, in den Gesprächen mit der jugoslawischen Delegation unannehmbar und unerfüllbare Bedingungen zu diktieren, die auf die bedingungslose Kapitulation Jugoslawiens und auf das Herausdrängen Rußlands hinausgelaufen wären. Soweit – immer nur stückchenweise – bekannt wurde, wollte die NATO den Rückzug der serbischen Armee, Polizei und paramilitärischen Einheiten innerhalb von sieben Tagen durchsetzen (und zwar auf eine Linie 25km hinter der Grenze zum Kosovo!), angesichts der zerstörten Infrastruktur, der Verminderung etc. unmöglich. Dabei machte die NATO die Einstellung ihrer Angriffe vom Beginn des Rückzugs abhängig, übte also erpresserischen Druck aus. NATO-Truppen sollten unmittelbar die abziehenden jugoslawischen Truppen ersetzen. Presseberichten zufolge hatte die NATO den Kosovo in fünf Militärbezirke unterteilt und je einen unter die Kontrolle der USA, Großbritannien, Deutschlands, Frankreichs und Italiens unterstellt. Die NATO hätte damit in ein und demselben Akt erneut und endgültig die UNO ausgeschaltet, deren Resolution abzuwarten sie nicht bereit

war, sich selbst das Mandat für die Besetzung und den Oberbefehl über die internationalen Truppen erteilt, Rußland vor vollendete Tatsachen gestellt und faktisch ausgeschaltet und die militärische Bedrohung Jugoslawiens in unerhörter Weise verstärkt. Sie hätte zentrale Kriegsziele damit erreicht. Dieser Versuch, der in einen Bodenkrieg hätte münden können und die Gefahr der Ausweitung zu einem großen Krieg barg, ist fehlgeschlagen, weil sich Jugoslawien dieser Erpressung nicht gebeugt (und dafür mit erneutem Terrorbombardement teuer bezahlt) und weil auch Rußland nicht nachgegeben und auf UNO-Mandat und gemeinsamer Kommandostruktur bestanden hat.

Die jugoslawische Infrastruktur und Ökonomie ist weitreichend zerstört, NATO-Truppen werden in Jugoslawien stehen. Dennoch hat die NATO mit dem jetzigen Abkommen ihr Kriegsziel eben nicht erreicht: Weder wird sie ganz Jugoslawien besetzt haben, noch hat sie die neue Weltordnung, in der die führenden NATO-Mächte unangefochten diktieren, installiert. Doch solange die NATO auf dem Balkan steht und Protektorate als Basis für weitere Expansion hält, wird es keinen Frieden geben. Die Gefahr der Los-trennung des Kosovo und der Vertreibung der nicht-albanischen Minderheiten aus dem Kosovo ist akut. Und: Im gegenwärtigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien sind die Ziele weiterer Kriege schon deutlich geworden. Nicht umsonst hat die NATO mit ihren Bombardements systematisch versucht, die Vojvodina vom übrigen Serbien abzuschneiden; wie bestellt hört man von der ungarischen Rechten die Forderung nach Annexion dieses von einer starken ungarischen Minderheit bevölkerten Gebietes. Auch schürt die NATO Konflikte zwischen Montenegro und Serbien; schon beschwört die Kriegspropaganda Auseinandersetzungen bis hin zum Bürgerkrieg. Angesichts der massiven militärischen Präsenz der NATO sind das keine leeren Worte, sondern ernstzunehmende Drohungen.

Für die Antikriegskräfte gibt die jetzt getroffene Vereinbarung, auch wenn sie wirklich zur Beendigung der Angriffshandlungen führt, keinen Grund zur Entwarnung. Ziel muß bleiben: NATO raus aus dem Balkan!

scc

FAZ fordert „marktwirtschaftliche Revolution“ und Kolonisierung der BR Jugoslawiens

Kriegsziel noch nicht erreicht

Die FAZ ist wie immer ungehalten über die Entwicklungen auf dem Balkan. War der Krieg nach ihrer Auffassung schon von der Durchführung her falsch angelegt, so ist nun das jetzigen Ergebnis überhaupt nicht nach ihrem Gusto.

Das Hauptziel ist nämlich nicht erreicht:

„Soll der Krieg um das Kosovo historischen Sinn bekommen, muß er eine Epochenwende markieren – für Europa, für Rußland, für die transatlantische Allianz, vor allem auch für Serbien. Nach der Niederlage im Kosovo-Krieg muß in Serbien die seit 1989 überfällige demokratische und marktwirtschaftliche Revolution stattfinden. Ob dies auf friedlichem Wege, durch freie Wahlen, möglich sein kann, bleibt zu bezweifeln.“

Nicht genug, daß die FAZ schon seit Jahren zu kriegerischer Hetze zwischen den Balkanvölkern aufruft, nun will sie auch die inneren Konflikte in Serbien zu Tanzen bringen und die Bevölkerung in einen Bürgerkrieg treiben. Die Chile-Methoden der CIA stehen hier Pate. Bekannt ist, daß die CIA schon längst Pläne entwickelt hat, die Milosevic-Clique auf ihre Art zu Fall zu bringen.

Aber Milosevic ist nicht Allende. Hier geht es nicht darum, ein wie auch immer geartetes sozialistisches Experiment durch kapitalistische Infiltration und Subversion zu Fall zu bringen. Wenn die FAZ aber eine „marktwirtschaftliche Revolution“ einfordert, zeigt es, daß die Art des Wirtschaftens in der BR Jugoslawien offenbar nicht der Regeln des EU-Imperialismus genügt. In der Tat gibt es in der BRJ heftigen Widerstand gegen die Vereinhaltung durch das EU-Kapital.

Zwar gibt es in der Bundesrepublik Jugoslawien schon länger starke Kräfte,

die den Weg in das kapitalistische Paradies beschreiten wollen. Schon 1989 und dann 1994 wurden zwei Privatisierungsgesetze verfaßt, die dazu führten, daß der Hauptanteil der Unternehmen in der BRJ in Privatbesitz sind. Als Modellrepublik wurde damals von der jugoslawischen Regierung pikanterweise die Teilrepublik Montenegro ausgesucht.

Nach Auffassung des Ministerpräsidenten von Montenegro, Djukanovic, hat das Gesetz über Eigentums- und Verwaltungstransformation die Gesellschaftsunternehmen zur Gänze eliminiert. „Das Gesetz hat den letzten Funken von Gesellschaftseigentum eliminiert“, so mit deutlichen Worten Djukanovic.

Andererseits gab es innerhalb der regierenden sozialistischen Partei der BRJ Widerstand gegen die kapitalistische Privatisierung und Weltmarktabhängigkeit.

Der ehemalige Gouverneur der jugoslawischen Zentralbank Avramovic kritisiert die vollständige Privatisierung und fordert, daß der staatliche Sektor nicht vollständig ausgeschaltet werden sollte. Er favorisiert die Einführung des sogenannten postkeynesianischen Modells. Nach seiner Auffassung sei die Grundlage dieses Modells der Konsens zwischen Arbeitern, Arbeitgebern und dem Staat und die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen - des Privat-, Staats- und Gemeineigentums. Ein solches Modell trage zur größeren ökonomischen Effizienz und sozialer Gerechtigkeit bei.² Die Kritik an Leuten wie Djukanovic hat dann Avramovic seinen Posten gekostet. Man kann sicher feststellen, daß die Transformation hin zu einer kapitalistischen Regionalvormacht auf dem Balkan, wie es verschiedene Kräfte in der BRJ anstreben, noch längst nicht vollzogen ist. Das zeigen auch die offiziellen Statistiken. Nach den von der Wirtschaftskammer Serbiens veröffentlichten Zahlen befinden sich von den 60.600 Unternehmen Serbiens rund 85% in Privateigentum, während 7-8% gesellschaftliches Eigentum und 7-8% genossenschaftlichen/gemeinschaftliches Eigentum bilden.

Der Krieg hat das Ziel, diese ökonomische und gesellschaftliche Mischformation mit einer starken national gemünzten Anti-Freihandelskomponente, die der FAZ so ein Dorn im Auge ist, in Schutt und Asche zu legen.

Was wird jetzt kommen

Die FAZ leistet hier wieder wie gewohnt „Aufbauhilfe“. In einem Artikel mit dem Titel: „Europa hört nicht in den Alpen auf“ listen zwei Professoren auf, was nach ihrer Meinung der „Stabilitätspakt für den Balkan“ leisten muß. Wichtigstes Ziel ist, wie kann es anders sein, die Schaffung einer Freihandelszone auf dem Balkan.

„Von besonderer Bedeutung für die interne Marktintegration und die Erschließung des beiderseitigen Nutzens



Die Bundeswehreinheiten in Makedonien warten auf den Einmarsch

einer Freihandelszone, die vom Jahr 2000 an gelten könnte, ist es, strategische Projekte der Infrastrukturentwicklung auf den Weg zu bringen, die bisher in der politisch und geographisch zerklüfteten Welt Südosteuropas vergeblich auf ihre Verwirklichung warten. Dazu gehören vor allem bessere und diversifizierte Autobahnverbindungen von Wien nach Istanbul mit Querverbindungen in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung einschließlich der dringlichst notwendigen Zunahme von Übergängen über die Donau zwischen Rumänien und Bulgarien; dazu gehört aber auch die geoökonomische Verknüpfung der westlichen Schwarzmeerküste mit den Häfen Rußlands, der Türkei und Georgiens, die für den Transport russischer, kaukasischer oder auch zentralasiatischer Energieträger (Öl, Gas) den sinnvollsten Brückenkopf zur Versorgung Südost- und Mitteleuropas auf dem Land- beziehungsweise Flußwege bilden können. Dazu müssen alle Instrumente einer raumgreifenden Zusammenarbeit genutzt werden.“ Um diese Freihandelszone vorzubereiten, sollten mit jedem einzelnen Land auf dem Balkan Assoziierungsabkommen geschlossen werden, wie es schon mit den Ländern Mitteleuropas durchgeführt wurde.

Welche Auswirkungen solche Abkommen auf die jeweiligen Staaten haben, kann man sehr schön am Beispiel Ungarns demonstrieren. Es bedeutet nichts anderes als Zerstörung der nationalen Infrastruktur und Okkupation durch EU-Kapital. Im EU-Jargon nennt man das dann eine „asymmetrische Liberali-

sierung“. In einer Analyse der Lage der ungarischen Landwirtschaft³ wird zunächst festgestellt, daß der ursprüngliche Absatzmarkt der ungarischen Produkte, die ehemaligen RGW-Staaten, fast völlig zusammengebrochen ist. Es heißt dann weiter: „Ob es gelingen wird, diesen Nachfrageausfall durch vermehrte Exporte in die EU zu kompensieren, ist offen. Das Ende 1991 mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen sieht für Agrarprodukte eine asymmetrische Liberalisierung vor, die den schwachen Partner bevorzugen soll.“ Aber tatsächlich hat dies eine andere Wirkung, denn so heißt es weiter „Kombiniert mit der überlegenen Marketing-Macht der Konkurrenz aus der EU, hat das dazu geführt, daß Ungarns Agrexporte in den EU-Raum seit 1989 um weniger als die Hälfte auf 1,21 Mrd. Dollar gestiegen sind, während sich diejenigen der EU nach Ungarn auf eine halbe Milliarde Dollar fast verfünffacht haben.“ Asymmetrische Liberalisierung eben.

Was wird mit dem Kosovo?

Auch hier zeichnet sich schon eine schlechte Lösung ab. Es geht um eine Teilung des Kosovo. Nach außen wird zwar noch von der territorialen Unversehrtheit der Grenzen Jugoslawiens gesprochen, was aber an Plänen auf dem Tisch liegt, geht in eine andere Richtung. Unter der Oberhoheit der Vereinten Nationen kommt es zu einer Teilung der Friedenstruppen. Im Süden wird unter NATO-Kommando eine Friedenstruppe stationiert, die dafür sorgt, daß die geflüchteten Kosovo-Albaner wieder zurückkehren. Im Norden werden unter Kommando von russischen Friedenstruppen, die serbischen Bewohner des Kosovo angesiedelt. Die Regierungsverantwortung der BRJ über den Südteil wird dann gleich Null sein. Lebensfähig ist eine solche Konstellation natürlich nicht. Die Kosovo-Albaner im Süden leben dann praktisch in einer Art Homeland, in einem NATO-Protektorat, abhängig von auswärtiger Unterstützung. Ähnlich wie in Bosnien lebt die gesamte Ökonomie dann nur durch die Besatzerinfrastruktur. Sollte die mal enden, ist die Lebensfähigkeit eines solchen Gebildes natürlich hin. Alles deutet also darauf hin, daß der Süden des Kosovo an Albanien fällt, der Norden an Serbien. Ob das erstere jedoch von den Machtstrukturen der Kosovo-Albaner geduldet wird, ist allerdings fraglich. Hier geht es um Macht und Einfluß, es geht um Ministerposten und viel Geld aus der EU. Ob die Leute um die UCK darauf verzichten, wenn sie an Albanien angegliedert werden, ist ungewiß. Was eher kommen wird, ist eine Verlagerung der Auseinandersetzungen nach Albanien. *hav*

1 von Ivan Krastev, Leiter des Center for Liberal Strategies, Sofia; und Ludger Kühnhardt Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI), in Bonn.

2 Serbien 7/8 1995

3 FAZ 2.6.99

Entschießung des a.o. Friedensratschlags in Kassel am 5. Juni 1999

12 Punkte für den Frieden

Wir stellen fest und fordern:

1. Wir fordern den sofortigen Stopp der Bombardierungen und Einstellung aller anderen Kampfhandlungen. Einen völkerrechtswidrigen Diktatfrieden lehnen wir ab.
2. Es droht weiter die Gefahr des Einsatzes von NATO-Bodentruppen. Dies würde eine weitere dramatische Eskalation des Krieges bedeuten, der bis jetzt schon unbeschreibliches Leid unter der Zivilbevölkerung und unvorstellbare Zerstörungen der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Umwelt über Jugoslawien gebracht hat.
3. Wir fordern, daß UNO und OSZE eine führende Rolle im Friedensprozeß einnehmen unter Einbeziehung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Hierin und in der Wiedereinsetzung der OSZE liegt eine echte Chance, den Kosovokonflikt zu deeskalieren. Allen Versuchen der USA oder der NATO, diese Führungsrolle der UNO in Frage zu stellen (z.B. durch eine eigenmächtige Militärpolitik im Rahmen der internationalen „Sicherheitspräsenz“) muß entschieden entgegengetreten werden. Wir wenden uns gegen die aggressive neue NATO-Strategie und die Militarisierung der EU.
4. Letztlich wird der Frieden im Kosovo, im übrigen Jugoslawien und in den Anrainerstaaten von der Bereitschaft der führenden EU-Staaten abhängen, der ganzen Region eine wirtschaftliche und soziale Perspektive in einem gesicherten politischen Umfeld zu gewähren. Mit der Einberufung und Arbeit einer „Konferenz für Sicherheit, Entwicklung und Zusammenarbeit auf dem Balkan“ (KSZEB) könnte ein attraktiver Stabilitäts- und Entwicklungspakt für die ganze Region geschaffen werden.

Wir schlagen vor und vereinbaren:

5. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien und die deutsche Beteiligung daran müssen Gegenstand einer fundierten Aufarbeitung durch die Friedensbewegung bleiben. Untersucht werden muß auch die Funktion, welche die erstmals in größerem Umfang eingesetzten neuen Waffen (Graphit-Bomben, Splitterbomben, Geschosse mit abgereichertem Uran) in diesem Krieg spielten. Dabei muß auch deutlich werden, daß die Menschheit nur dann eine Zukunft hat, wenn sie aus der „Logik“ des Kriegs herauskommt und eine umfassende Logik des Friedens und der Gewaltfreiheit etabliert. Das von der UNO zum „Jahr der Kultur des Friedens“ proklamierte

Jahr 2000 sollte in diesem Sinne von der Friedensbewegung genutzt werden.

6. Sollte es doch noch zu einem Bodenkrieg kommen, so rufen wir zu dezentralen Aktionen des zivilen Ungehorsams sowie – in Absprache mit Friedensbewegungen anderer NATO-Staaten – zu zentralen europaweiten Massenkundgebungen auf.
7. Die vielfältigen dezentralen Aktivitäten der Friedensbewegung gegen den NATO-Krieg sind entsprechend der aktuellen Ereignisse und Erfordernisse weiterzuführen. Wichtigste Adressaten des Protests bleiben die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die kriegsbefürwortenden Parteien. Die Friedensbewegung unterstützt die Aktionen anlässlich des Gipfeltreffens der G-8 in Köln am 19. Juni sowie die Anti-Kriegs-Aktivitäten auf dem Evangelischen Kirchentag.
8. Sollte der Krieg andauern, muß auch die Friedensbewegung ihre Aktivitäten erhöhen. Zusätzlich zu den bisherigen Aktionsformen wird vorgeschlagen, Aktionen an Objekten/Einrichtungen durchzuführen, die zu den zivilen Angriffszielen der NATO im Jugoslawienkrieg gehören, also z.B. an Brücken, Krankenhäusern, Fernsehstudios, Elektrizitäts- und Wasserwerken usw.
9. Kriegsbefürworter sind für die Friedensbewegung nicht wählbar.
10. Die Friedensbewegung begeht sowohl die Gedenktage an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki (August) als auch den 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September mit zahlreichen lokalen und regionalen Friedensaktionen. Für eine Aktionswoche um den 1. September wird die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen angestrebt. Das Motto könnte in diesem Jahr sein: „Nie wieder Krieg! – Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“
11. Zu thematisieren sind auch die Kosten des Krieges und des Militärs überhaupt. Unter dem Motto „Für Frieden, Arbeit und Umwelt“ sollen Friedens-, Gewerkschafts- und andere soziale Bewegungen Konzepte ausarbeiten, die zu einer drastischen Verringerung der Militärausgaben und der Rüstungsproduktion zugunsten arbeitsplatzschaffender und sozial- und umweltverträglicher Investitionen führen werden.
12. Die Friedensbewegung erhöht ihre Anstrengungen, alternative Konzepte zu Krieg und Gewalt zu entwickeln und in der Öffentlichkeit zu propagieren. Zivile Konfliktprävention und -bearbeitung, Mediation und zivile Friedensdienste sollen als realistische Optionen für praktisches politisches Handeln vermittelt werden. Dies schließt eine fundamentale Absage an Militär, Rüstung und Krieg ein. *(Am Friedensratschlag nahmen ca. 200 Menschen teil.)*

Nach dem Tod eines Flüchtlings

Proteste gegen Abschiebepolitik

Asylgruppen aus vielen Städten protestierten gegen die Abschiebepolitik, durch die am 28. Mai ein sudanesischer Asylbewerber ums Leben kam. In Frankfurt rief das „Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main“ zu einer Aktion am Flughafen auf. Rund 250 Menschen protestierten dann am 30.5. im Frankfurter Flughafen gegen die grausame Abschiebepolitik.

Der 30jährige Aamir Ageeb wurde an Händen und Füßen gefesselt. Zusätzlich wurde ihm ein Motorradhelm, angeblich zu seinem „Selbstschutz“, über den Kopf gestülpt. Den so „geschützten“ Kopf drückten dann die BGS-Beamten nach unten. Dies überlebte Aamir Ageeb nicht. Der BGS war von Claus Metz (IPPNW), der bereits 1994 den Tod des Nigerianers Kola Bankole untersucht hatte, wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine erzwungene gebückte Haltung zum Erstickungstod führen kann. Das Antifolter-Komitee des Europarats hatte erst kürzlich auf acht Ermittlungsverfahren hingewiesen, die seit 1997 wegen mutmaßlicher Mißhandlung von Flüchtlingen durch die Flughafenpolizei eingeleitet wurden. Pro Asyl kommentierte diesen neuerlichen Vorfall als „organisierte Unmenschlichkeit“. Der AK Asyl Stuttgart fragt in einem Brief den bad.-Württ. Innenminister, auf welcher rechtlich und humanitär begründeten Basis die Abschiebestelle des Regierungspräsidiums Karlsruhe diese Abschiebemaßnahme ins Bürgerkriegs- und Menschenverächterland Sudan verfolgt hat. Nach Beobachtung des AK Asyl haben in den ersten Monaten 1999 die unerbittlichen Härten der Abschiebemaßnahmen mit der Hinnahme von Familientrennung, Selbstmordversuchen und Sprüngen aus dem Fenster signifikant zugenommen.

Trotz erheblichen Drucks aus Bayern und Baden-Württemberg bleibt der Abschiebe-Stopp für widerstandsbereite Ausländer durch den BGS bis auf weiteres bestehen. Bundesinnenminister Schily widersprach einem Bericht des Magazins *Focus*. Er unterstrich, seine Anordnung nach dem Tod eines Sudanesischen bleibe „solange bestehen, bis zu 100 Prozent jedes Risiko ausgeschlossen werden kann, daß bei einer Abschiebung infolge Gewaltanwendung ein Betroffener zu Tode komme“. Bayerns Innenminister Günther Beckstein erneuerte seine Forderung, den Stopp von Abschiebungen gewaltbereiter Ausländer per Flugzeug bis spätestens kommenden Donnerstag aufzuheben. Auch der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble (CDU) verlangte erneut, den Abschiebe-Stopp zurückzunehmen. *baf, nach verschiedenen Berichten, Frankfurter Rundschau vom 7.6.1999*

Verwaltungsgericht Stuttgart erklärt Nichteinstellung für rechtswidrig

In einem Urteil vom 15.4.1999 [Az: 1 K 3479/97] hat das Verwaltungsgericht Stuttgart zwei Bescheide des Oberschulamts (OSA) Stuttgart aus dem Jahr 1992 aufgehoben, in denen es die Einstellung des Berufsschullehrers Christian Fortmann in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg mit der Begründung abgelehnt hatte, der Bewerber biete keine Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Das Oberschulamt wurde ferner verurteilt, im Rahmen der vom Gericht ausgesprochenen Rechtsauffassung neuerlich über den Einstellungsantrag zu entscheiden. 1992 hatte das OSA Stuttgart ein bereits fortgeschrittenes Einstellungsverfahren – die Schule war schon festgelegt – storniert. Anlaß dafür waren Aktenstücke des Landesamts für Verfassungsschutz, die sich in der zuvor beim OSA Freiburg geführten Personalakte des Bewerbers befanden. Die Personalakte war erst im Laufe des Einstellungsverfahrens in Stuttgart eingegangen.

Bei den verfassungsschutzamtlichen Unterlagen handelte es sich um Mitteilungen, die 1985 im Rahmen einer Regelanfrage ohne Wissen des Bewerbers in die Personalakte gekommen waren. Diese Regelanfrage war seinerzeit vom OSA Freiburg im Zusammenhang eines Antrags auf Übernahme in den Schuldienst nach Abschluß des Referendariats an das Landesamt gerichtet worden. Weil aber im Jahr 1985 (wie auch in den Folgejahren) in der Fächerkombination Deutsch und Gemeinschaftskunde keine Einstellungen erfolgten, blieben die Geheimdienstunterlagen ohne weitere Klärung im üblichen Rahmen einer Anhörung und ohne eine Mitteilung an den Bewerber unbearbeitet bei der Personalakte. Ihrem Inhalt nach bestanden die Mitteilungen in nicht weiter begründeten oder durch Zeugen belegten Behauptungen über Teilnahme an Versammlungen des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BKW).

Dieses Geheimdienstmaterial bot nun dem OSA Stuttgart Grund, Zweifel in die Verfassungstreue des Bewerbers zu entwickeln. Inzwischen war allerdings der Beschluß der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 2.10.73 dahingehend geändert worden, daß ab 1.1.91 bei Einstellung in den öffentlichen Dienst keine Regelanfragen an das Landesamt für Verfassungsschutz mehr gestellt werden. Eine Anfrage ist nur noch dann zu stellen, wenn „das Einstellungsverfahren, insbesondere das Einstellungsgespräch, Zweifel an der Verfassungstreue erkennen lassen“. Im übrigen blieb der Radi-

kalenerlaß ohne Änderung in Kraft.

Das Oberschulamt wertete die Geheimdienstbehauptungen von 1985 als Zweifel begründende Erkenntnisse und stellte eine neuerliche Anfrage beim Landesamt. Die Erledigung dieser Anfrage zog sich über Monate hin (zur damaligen Zeit, 1992, stand das Innenministerium unter der Leitung des Sozialdemokraten Birzele), um dann in der Mitteilung weiterer unausgewiesener Behauptungen über Teilnahme an Versammlungen des BKW zu enden.

Im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht hatte der Bewerber verschiedene Gründe gegen die Ablehnung geltend gemacht. Unter Berufung auf das Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Verfahren der Lehrerin Dorothea Vogt gegen die BRD wurde darauf verwiesen, daß Mitgliedschaft oder auch Funktionärstätigkeit in einer nicht vom Verfassungsgericht verbotenen Partei „vollkommen legal ist“ und überhaupt keinen Anlaß darstellen kann, eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verhindern. Weiter wurde vertreten, daß nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart von 1988 die Durchführung einer Regelanfrage solange nicht zulässig ist, wie die betreffenden Personen im Landesdienst tätig sind – die Anfrage war noch während des Referendariats initiiert worden. Schließlich wurde festgestellt, daß aufgrund des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und den gesetzlichen Bestimmungen über die Führung von Personalakten die 1985 ohne Wissen archivierten Unterlagen rechtswidrig in den Personalakten gekommen waren und deshalb nicht verwertet werden durften.

Dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mißt das Verwaltungsgericht in diesem Fall keine Bedeutung zu, weil es dabei um die Entfernung eines Beamten aus einem Dienstverhältnis ging und nicht wie hier um die Einstellung. Die im Jahr 1984 initiierte und 1985 beantwortete Regelanfrage hält es gleichfalls für unbedenklich, weil es sich um ein Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst gehandelt habe. Das Gericht stellt jedoch fest, daß „die vom Innenministerium mit Schreiben vom 7.3.1985 mitgeteilten Feststellungen zu Unrecht in die Personalakten des OSA Freiburg aufgenommen und anläßlich der Bewerbung im Jahre 1992 an das OSA Stuttgart weitergeleitet worden“ sind. Nach den Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes „muß der Beamte über Beschwerden und Behauptungen tatsächlicher Art, die für

ihn ungünstig sind oder für ihn nachteilig werden können, vor Aufnahme in die Personalakten gehört werden. Dies ist nicht geschehen“. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß die 1985 unterlassene Anhörung nicht dadurch geheilt werden konnte, daß der Inhalt der Mitteilungen dem Bewerber 1992 im Rahmen eines Vorstellungsgesprächs erstmals präsentiert wurde. Solche Rückwirkung würde den Schutzzweck der Anhörung unterlaufen. Indem die Geheimdienstmitteilungen von 1985 rechtswidrig in die Personalakte aufgenommen und darin aufgehoben wurden, sind nach Auffassung des Gerichts auch die daraus „vom Dienstherrn unter Verletzung des Anhörungsrechts gezogenen nachteiligen Schlußfolgerungen rechtswidrig. Die mitgeteilten Umstände hätten daher bei der Beurteilung der Verfassungstreue des Klägers nicht herangezogen werden dürfen.“ Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Beurteilung der neuerlichen Anfrage 1992. Nach dem Erlaß von 1991 durften Anfragen beim Verfassungsschutz ja nur noch gestellt werden, wenn das Einstellungsverfahren Gründe dafür hergab. Hierzu konstatiert das Gericht: „Beim Kläger bot das im Jahr 1992 eingeleitete Einstellungsverfahren keine Anhaltspunkte für Zweifel an seiner Verfassungstreue“. Andererseits hätten die unrechtmäßig in die Akte aufgenommenen Mitteilungen von 1985 nicht als Grund für neuerliche Anfragen verwertet werden dürfen. Das Gericht erklärt aber nicht nur das Handeln des Oberschulamts für unrechtmäßig. Es nimmt daneben das Landesamt für Verfassungsschutz selbst mit in den Blick: „Damit [der Rechtswidrigkeit der Anfrage des Oberschulamts] erweist sich auch die Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz als rechtswidrig, denn eine – ordnungsgemäße – Anforderung der Einstellungsbehörde liegt nicht vor. Informationen, die die Dienstbehörde unter Verletzung des Landesverfassungsschutzgesetzes erlangt hat, sind mit Hinblick auf die grundlegende Bedeutung, die das Bundesverfassungsgericht in dem Urteil vom 15.12.1983 dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung zugesprochen hat, als unverwertbar zu erachten.“ Damit ist die Praxis des Landesamts, unter Verletzung der Gesetze über den Landesverfassungsschutz mit anderen Behörden personenbezogene Nachrichten auszutauschen, für Unrecht erklärt. Gegen das bislang nicht rechtskräftige Urteil hat das Land die Möglichkeit, Berufung beim Verwaltungsgerichtshof Ba-Wü einzulegen. *chf*

Die PKK erneuert Friedensangebot

Seit einer Woche dauert der Prozeß gegen Abdullah Öcalan an. Am 31. Mai begann die Verhandlung in einem neuen Hochsicherheitstrakt auf der Gefängnisinsel Imrali. Außer reichlich Militär und Angehörigen von in Kurdistan gefallenen Soldaten wurden nur 12 Plätze für Angehörige Abdullah Öcalans sowie internationale Beobachter freigehalten.

Abdullah Öcalan bekannte sich am ersten Tag in seiner Prozeßerklärung erneut zu dem von der PKK vorgeschlagenen Friedensprozeß. Er erklärte, daß das Verfahren gegen ihn kein juristisches sei, seine Person wäre auch nicht wichtig.

Vielmehr werde hier entschieden, ob ein friedliches Zusammenleben in einer demokratischen Türkei möglich würde. Für die Türkei gäbe es die Alternative, Frieden mit der PKK zu schließen, wofür er sich einsetze, oder in einen noch härteren Widerstand und Guerillakrieg mit vielen Opfern in den nächsten Jahren zu geraten. Im Falle eines Friedensprozesses würde er dafür garantieren, daß die Guerilla von den Bergen käme.

Postwendend erklärte der türkische Generalstab, Verhandlungen mit der PKK kämen für den türkischen Staat nicht in Frage. Der „entschiedene Kampf gegen den Terrorismus“ werde weitergehen.

Öcalans Anwaltsteam versuchte in den ersten fünf Verhandlungstagen, die politische Dimension des Kurdenkonfliktes zur Sprache zu bringen. Die Anklagepunkte „Verrat“ und „Separatismus“ seien schließlich politische Vergehen. Sie sähen in diesem Prozeß einen Anfang, um auf demokratischem Weg eine friedliche Lösung des Konfliktes einzuleiten. Deshalb stellten sie den Antrag, die anderen Opfer zu hören. Bisher entstand der Eindruck, es gebe nur auf der Seite der Soldaten und Sicherheitskräfte Opfer. Diesen 5000 Toten stehen aber mindestens 20 000 Tote auf kurdischer Seite gegenüber. „Wie können wir in Zukunft friedlich zusammenleben, wenn wir die Leiden der einen ernst nehmen und die Leiden der anderen ausblenden?“

Das Gericht lehnte alle Anträge dieser Art ab, Zeugen für Öcalan sollen überhaupt nicht vorgeladen und vernommen werden.

Als die Anwälte auf die Frage des Vorsitzenden Richters, ob Abdullah Öcalan überhaupt eine Autorität gegenüber der PKK-Guerilla besitze, eine Antwort des PKK-Präsidiums zu dem Friedensvorschlag Öcalans verlesen wollten, wurden sie daran gehindert. Im Gerichtssaal kam es zu tumultartigen Szenen.

Die Anwälte der als Nebenkläger auftretenden Angehörigen gefallener Soldaten forderten, ein Verfahren gegen die

Verteidiger Öcalans zu eröffnen. Elf Anwälte Öcalans hätten sich mit dieser kurdischen Erklärung im Gerichtssaal wie PKK-Anhänger verhalten. Die Verfolgung und Repression gegen Öcalans Anwälte wird immer schärfer. Die Angehörigen Öcalans und seine Anwälte wurden aus den Hotels geworfen, und ein aufgeputschter Mob verfolgte sie bis in die Nacht hinein. Gegen Niyazi Bulgan wurde ein Verfahren wegen Unterstützung der PKK eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts fordert 3-5 Jahre Freiheitsstrafe. Ebenfalls wurde Sibel Ceylan am Istanbul Flughafen wegen Kuriertätigkeit festgenommen. In ihren Taschen wurden Dokumente aus dem Öcalan-Verfahren, Aufnahmen auf Videokassetten und Filmnegative gefunden. Sie wurden dem Haftrichter vorgeführt und in Haft genommen.

Ungebrochen ist die nationalistische Hetze in den türkischen Medien. Man kann fast sagen, die Fernsehkanäle reißen sich um die Angehörigen gefallener Soldaten. Aber auch andere Stimmen kommen langsam zu Gehör. Beispielsweise verurteilte die Istanbul Anwaltskammer das Verfahren in Imrali als Schauprozeß und forderte die Abschaffung von Todesstrafe und Staatssicherheitsgerichten, die in einem „Rechtsstaat nichts zu suchen“ hätten.

Öcalan beauftragte seine Anwälte, vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit Klagen gegen Deutschland, Italien, Griechenland, die Niederlande, Rußland und Kenia wegen Verletzung des Asyl- und Völkerrechts vorzugehen, da diese Länder ihm kein politisches Asyl und Schutz vor der Verfolgung des türkischen Geheimdienstes gewährt haben.

Das Gericht plant, in dieser Woche das Plädoyer der Staatsanwaltschaft anzuhören, an dessen Ende die Forderung nach Todesstrafe stehen wird. Die Anwälte Öcalans hätten dann maximal 15 Tage Zeit, ihr Plädoyer vorzubereiten.

*Erklärungen etc. auf englisch bei:
Rechtsanwaltsbüros des Jahrhunderts
in Istanbul: www.asrinhukuk.com*

ANC gewinnt Wahlen in Südafrika

Schwere Verluste für afrikanische Linke

Bei der Parlamentswahl in Südafrika hat der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) knapp die Zweidrittelmehrheit verfehlt. Die Neue Nationalpartei, die bis 1994 regierte, mußte hingegen schwere Rückschläge hinnehmen. Der Sieg des ANC wird an der Börse positiv gewertet. Im Laufe des Tages, an dem die Wahlstimmen ausgezählt wurden, stiegen an der Börse in Johannesburg mit dem Anwachsens der Stimmenzahl für den ANC

auch die Börsennotierungen. Das Kapital erfreut sich immer größerer Beliebtheit unter der führenden Klasse in Südafrika. „Genosse Kapitalist“ soll auch eine beliebte Anrede in der Gewerkschaftsvorständen sein. Über solche Gepflogenheiten kann die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nicht mehr lachen. Mindestens 42% der Schwarzen und 4% der Weißen sind im heutigen Südafrika ohne Arbeit. Die südafrikanische Währung, der Rand, wurde in den vergangenen zwölf Monaten um 16% abgewertet, und der Preis des Goldes, eines der wichtigsten Exportprodukte, ist auf dem tiefsten Stand seit zwölf Jahren. Die ökonomische und soziale Lage ist schlimm.

Katastrophal war das Ergebnis für zwei linke afrikanischen Bewegungen, die einen wesentlichen Anteil an der Befreiung Südafrikas von der weißen Vorherrschaft hatten, den PAC und die AZAPO.

Der Präsident des Panafrikanistischen Kongresses von Azania (PAC), der methodistische Bischof Mogoba, kündigte seinen Rücktritt vom Parteivorsitz an. Er hatte 1996 einen heftigen Führungsstreit innerhalb des PAC beenden können, galt aber als zu vornehm für politische Auseinandersetzungen. Er brachte den PAC dazu, seinen „bewaffneten Kampf“ endgültig zu beenden, seinen militärischen Flügel, die Afrikanische Volksarmee, aufzulösen und seinen gegen Weiße gerichteten Spruch „Ein Siedler, eine Kugel“ aufzugeben. Andererseits stieß er mit Forderungen wie jener, Dieben einen Arm zu amputieren, auf Widerstand.

Der PAC erhielt nach den vorläufigen Ergebnissen bei der Wahl 0,7 Prozent. Der Generalsekretär der Partei führte das schlechte Abschneiden darauf zurück, daß der PAC im Fernsehen nur selten erwähnt worden sei und über wenig Geld für den Wahlkampf verfügt habe. Der 1959 von dem Dozenten Sobukwe gegründete PAC war in den Jahren seines Exils – er war zwischen 1960 und 1990 in Südafrika verboten – nach dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) die zweite Befreiungsbewegung, die von den Vereinten Nationen anerkannt wurde.

Die zweite Partei der sozialistischen Linken, die ideologisch dem PAC nahestehende Azanische Volksorganisation (Azapo), erhielt nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen gar nur 0,17 Prozent der Stimmen. Die Azapo überlegte kurz vor den Wahlen, ob sie sich nicht mit dem PAC zusammenschließen sollte. Sie fühlt sich dem Gedanken des „schwarzen Selbstbewußtseins“ (black consciousness) verpflichtet, den der von der Sicherheitspolizei ermordete Studentenführer Biko vertreten hatte. Azapo gilt als eine Partei Intellektueller. In ihr fanden sich vor allem frühere Schüler wieder, die die Unruhen in Südafrika 1976 und 1986 getragen hatten. *hav*

Regierungskrise in Kolumbien

Von Raul Zelik

(Bogota, 3. Juni 1999, npl). – Die Krise der kolumbianischen Regierung hat sich in den letzten Tagen dramatisch verschärft. Auslöser waren die Entführung von 60 Oberschichtsangehörigen durch die ELN-Guerilla am vergangenen Sonntag und der überraschenden Rücktritt des Verteidigungsministers Rodrigo Lloreda wenige Tage zuvor. 70% der Bevölkerung bewerten die Politik von Staatspräsident Andrés Pastrana inzwischen als negativ. Pastrana war im August 1998 als Hoffnungsträger für eine politische Lösung des seit vierzig Jahren andauernden internen bewaffneten Konflikts in dem lateinamerikanischen Land angetreten. Tatsächlich ist die Lage in Kolumbien als desolat zu bezeichnen. Die Friedenspolitik der Regierung gilt als schlecht koordiniert, und die Armee bietet nach den letzten Ereignissen ein zerrüttetes Bild. Selbst hochrangige Generäle haben die Truppe dieser Tage als „völlig demoralisiert“ bezeichnet. Am 25. Mai trat der rechts gerichtete Verteidigungsminister Rodrigo Lloreda aus Protest gegen die Friedenspolitik seines Präsidenten zurück. In einer Presseerklärung hatte die Regierung angekündigt, daß die von der Armee geräumten 42.000 Quadratkilometer im Süden des Landes für die Dauer der Friedensverhandlungen in den Händen der linken Befreiungsbewegung FARC, die größte Guerilla-Organisation des Landes, bleiben werde. Doch offensichtlich erfuhr die Armeespitze von diesem Beschluß erst aus den Medien.

Der Verteidigungsminister sowie Dutzende führender Generäle, unter ihnen der Heeresinspekteur Roa Cuervo und mehrere Divisions-Kommandanten, legten daraufhin ohne Vorankündigung ihre Ämter nieder. Anscheinend zwingt die Armeespitze den Staatschef zu Kurskorrekturen. Pastrana mußte sein Zugeständnis an die FARC offiziell zurückziehen und ließ verlauten, die erste Erklärung sei falsch interpretiert worden. Zudem setzen die Generäle die Regierung unter Druck, damit die Strafverfolgung gegen mehrere hochdekorierte Militärs eingestellt wird. Immer offensichtlicher zeigt sich, daß in der kolumbianischen Oberschicht grundlegende Differenzen darüber bestehen, wie mit der Guerilla umgegangen werden soll. Während Pastrana und sein unterlegener Gegenkandidat bei den Wahlen im vergangenen Jahr, der Liberale Horacio Serpa, auf Friedensverhandlungen setzen, forcieren andere einflußreiche Sektoren, vor allem die Viehzüchter und die staatlich geduldeten Drogenhändler um den

Paramilitär-Kommandanten Carlos Castano, eine militärische Lösung.

Weiter angespannt hatte sich die Situation am vergangenen Sonntag durch eine der bisher spektakulärsten Guerilla-Aktionen des Landes. Die zweite große Guerillaorganisation ELN, von leitenden Militärs kürzlich erst als besiegt bezeichnet, besetzte inmitten der Millionenstadt Cali eine Kirche und entführte mehr als 100 Personen in die Berge der Provinz Cauca. Während Kinder, Frauen und Alte wenige Stunden später von den Rebellen wieder freigelassen wurden, sind etwa 60 Personen, darunter einflußreiche Geschäftsleute und Industrielle, weiter in den Händen der Aufständischen. Was von der Regierung als willkürlicher Terrorismus gegen die Bevölkerung bezeichnet wurde, entpuppt sich zunehmend als kalkuliertes politisches Signal. Immerhin besetzten die Guerilleros nicht irgendeinen Stadtteil, sondern das luxuriöse Villenviertel Ciudad Jardin. Die Oberschicht Calis gilt zudem nicht nur als hartnäckige Opposition gegen den Friedensprozeß, sondern unterhält auch enge Verbindungen zum Drogenhandel.

Offensichtlich will die ELN, bei den Friedensgesprächen von der Regierung bisher völlig ignoriert, deutlich machen, daß sie in der Lage ist, sogar die nationalen Luxus-Enklaven zu gefährden. Schon im April hatte die Guerillaorganisation nach der Entführung eines Inlandflugs darauf hingewiesen, daß es bei einer weiteren Verschärfung des Kriegs keine sicheren Orte in Kolumbien mehr gebe. Um eine Deeskalation einzuleiten, verlangten die Rebellen, daß ein 8000 Quadratkilometer großes Gebiet in der

Provinz Bolivar von der Armee geräumt werde, damit dort eine Nationale Zusammenkunft zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Sektoren und Aufständischen abgehalten werden könne. Auf den geplanten Treffen, wie sie im Juni 1998 in Deutschland vereinbart worden waren, soll insgesamt 8 Monate lang über soziale und politische Reformen debattiert werden. Doch bisher scheiterte das Vorhaben an der ablehnenden Haltung der Regierung Pastrana. Ob sich die Bedingungen für eine Verhandlungslösung nach der Entführung von Cali noch weiter verschlechtert haben, steht in den Sternen. Pastrana zumindest lehnt bisher jeden Dialog mit den Entführern strikt ab. Der Erzbischof von Cali, Isaia Duarte Cancino, kündigte an, die Verantwortlichen der Entführungsaktion zu exkommunizieren und forderte die europäischen Länder auf, die ELN weder finanziell noch politisch weiter zu unterstützen. Andererseits haben kolumbianische Beobachter darauf hingewiesen, daß die Regierung bisher vor allem deshalb nicht mit der ELN in Dialog getreten sei, weil diese, anders als die FARC, keine militärisch-politische Stärke bewiesen. Dies hat sich nun entscheidend geändert. Zwar wächst auch der Druck von rechts auf Pastrana. Die paramilitärischen Verbände um Carlos Castano fordern nicht nur militärisch hart gegen die Guerillas vorzugehen, sondern auch eine eigene Beteiligung an Friedensverhandlungen. Die Regierung wird sich allerdings fragen müssen, ob sie mit einer Armee, die nicht einmal mehr in der Lage ist, die sensibelsten Punkte im Lande zu schützen, das Risiko einer militärischen Eskalation eingehen kann.



„El Viejo“ (links) Kommandeur der kolumbianischen ELN-Rebellen, im Gespräch mit Geiseln, die aus einer Kirche in Cali entführt wurden. Bild: ND)



Nur wenig ist über die Medien von den Protestaktionen in aller Welt gegen den NATO-Angriffskrieg zu erfahren. In Washington beteiligten sich am 5. Juni ca. 50.000 Menschen an der ersten US-weiten Demonstration. Sie forderten das sofortige Ende der Bombardierung und wandten sich gegen die Vorbereitungen auf einen Bodenkrieg und die Besetzung Jugoslawiens. Auch in europäischen Städten fanden am letzten Wochenende Demonstrationen statt. Bild: Brüssel.

Kuba: Neuer Außenminister tritt öffentlich für Reformen ein

(Mexiko-Stadt, 2. Juni 1999, Poonal).- Der kubanische Außenminister Felipe Pérez Roque hat Anfang Juni seine erste Pressekonferenz gegeben. Dies geschah fünf Tage nach der überraschenden Amtsübernahme, bei der er den seit 1993 amtierenden Roberto Robaina abgelöst hatte. Vor Journalisten bezeichnete sich der 34-jährige als „Reformist“. Dies gelte bezüglich „der Reformen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ wie auch hinsichtlich jeder Veränderung bei der „Perfektionierung und Stärkung der sozialistischen Einrichtungen“ im eigenen Land. „Ich verteidige die erste Reform, die, die vor 40 Jahren gemacht wurde: die Revolution“, so Pérez. Über die genauen Hintergründe des von Staatschef Fidel Castro bestimmten Ministerwechsels herrscht immer noch Unklarheit.

Kuba: Milliardenklage gegen USA

(Havanna, 1. Juni 1999, pl-Poonal).- Vor seinen eigenen Gerichten hat Kuba die USA auf eine Entschädigungszahlung von gut 181 Milliarden Dollar verklagt. Begründet wird dies mit den 3.478 Toten und 2.099 Invaliden, die die aggressive Politik der Supermacht gegen den Inselstaat in den letzten 40 Jahren verursacht hat. Eingereicht haben die Klage verschiedene Volksorganisationen, in denen zusammengenommen praktisch die gesamte Bevölkerung Mitglied ist. In einer von der Zeitung *Granma* veröffentlichten Beilage werden die Aktionen der USA detailliert aufgezählt, darunter die Invasion in der Schweinebucht, Sabotageakte und die Sprengung eines Passagierflugzeugs im Jahr 1976. Die Klage ist nach Einschätzung von Beobachtern ei-

ne Reaktion auf jüngste Verfahren in den USA. Dort gab es mehrere Urteile gegen Kuba, die den Inselstaat wirtschaftlich schaden sollten. Verwiesen wird ebenfalls auf die Entschädigungszahlung von 187 Millionen Dollar, die der US-Richter Lawrence King wegen des Abschusses von drei Exil-Kubanern mit US-Staatsbürgerschaft gegen Havanna verhängte. Daran gemessen, sei die von Kuba für seine Toten verlangte Entschädigung relativ gering, so heißt es auf der Insel.

Portugals Journalistengewerkschaft legt Beschwerde bei NATO

Das portugiesische Fernsehen wird gemeinsam mit der portugiesischen Journalistengewerkschaft und dem privaten Radiosender TSF Beschwerde vor der NATO und bei der portugiesischen Regierung einlegen: Um Haaresbreite entran eine Gruppe ausländischer Journalisten mit Verletzungen nahe Prizren einem NATO-Bombardement. Neben Elsa Marujo (RDP) und Carlos Julio (TSF) waren in der Gruppe ein italienischer Journalist und eine Reporterin der Times. Schwer verletzt wurde der Leiter der Gruppe, der französische Intellektuelle Daniel Schiffer, ein international bekannter Kriegsgegner. Weniger Glück hatte der Fahrer eines der Journalistenfahrzeuge: Er wartete in dem Verbindungstunnel zwischen Pristina und Prizren auf die Rückkehr der Reporter und starb in den Trümmern des einstürzenden Tunnels. NATO-Sprecher Jamie Shea erklärte, die Attacke auf den Tunnel sei ein Angriff auf ein legitimes militärisches Ziel gewesen. Denn in solchen Tunneln würden Kriegsgerät und Menschen versteckt. Der Sprecher der atlantischen Allianz unterstrich, er habe großen Respekt vor den mutigen westlichen Jour-

nalisten, die sich in das Kriegsgebiet wagten. Für deren Sicherheit könne die NATO freilich nicht garantieren. In Lissabon kommentierte ein Vertreter der Journalistengewerkschaft diese Äußerung Sheas als mörderisch, zynisch, kaltblütig.

Philippinen: Gastfreundlich zu GlS

Während William Clintons moderate China-Politik durch die Botschaftsbomben in Belgrad und die US-amerikanischen Spionagevorwürfe gegen China wegen angeblicher Atomspionage behindert wird, konnten die USA letzten Donnerstag einen alten Stützpunkt im asiatischen Pazifik zurückgewinnen. Nach langen Diskussionen stimmte der philippinische Senat mit einer Zweidrittel-Mehrheit für die Stationierung amerikanischer Truppen im Land zu „gemeinsamen Übungszwecken“. Sieben Jahre, nachdem die letzte US-amerikanische Militärbasis in der ehemaligen US-Kolonie geschlossen wurde, argumentieren nun philippinische Befürworter der Neu-Stationierung mit dem schwachen eigenen Verteidigungssystem. Den Philippinen scheint es bei der Gastfreundschaft gegenüber dem großen Bruder jedoch nicht nur um eine effektivere Verteidigung zu gehen. Mit dem Abkommen verbessert das Land auch erheblich seine Position im Gerangel mit China um einige Inseln – teilweise mit Ölvorkommen – im Südchinesischen Meer. Erst vor zwei Wochen war es hier zu einem Zusammenstoß zwischen einem chinesischen Fischerboot und einem philippinischen Marinekreuzer gekommen, was in Peking mit Empörung aufgenommen wurde. Auf den Philippinen regt sich nun Widerstand gegen den Entschluß: Während von der linken Opposition die Aufstellung nuklearer Waffen im Land und der Verlust nationaler Souveränität befürchtet werden, geht es den katholischen Gegnern vor allem darum, die mit dem Einzug der GlS verbundene Zunahme der Prostitution zu verhindern.

Europarat warnt vor Armut in Osteuropa

(epd). Die Armut großer Bevölkerungsteile bedroht aus. Sicht des Europarats den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie in den Staaten Osteuropas. Die wirtschaftliche Entwicklung habe inzwischen zu „besorgniserregenden Auswüchsen“ geführt, sagte die „Sprecherin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am Montag in Straßburg. In einer Erklärung heißt es, der Vormarsch der Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems habe Reichtum, aber auch mehr Armut mit sich gebracht. Es bestehe die Gefahr, daß gesellschaftliche Spannungen nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnten. Zusammenstellung: hav

Ordensleute für den Frieden

KÖLN. Am Donnerstag, den 27. Mai protestierte eine Initiative von Ordensleuten für den Frieden vor der Deutschen Bank in Köln. Sie führten in den Räumen der Bundesbank über mehrere Stunden eine Sitzblockade durch. Am nächsten Tag protestierten sie in Bonn in der Bannmeile. Wegen Bannmeilenverletzung und Hausfriedensbruch gab es Festnahmen. Am Samstag, den 29. Mai führten sie eine Mahnwache vor dem Kölner Dom durch.

In einem Brief an Bundeskanzler Schröder, den Vorstandssprecher der Deutschen Bank Breuer und den Erzbischof Kardinal Meisner schreiben sie:

„... Über die Auseinandersetzung mit der Problematik der Schuldenkrise, gegen die wir seit 1990 mit Mahnwachen und Aktionen vor der Deutschen Bank in Frankfurt am Main protestieren, kamen wir zu der Erkenntnis, daß letztlich das kapitalistische Wirtschaftssystem die Quelle dauernder Ungerechtigkeit und Ausbeutung ist ...

- Wir fordern eine Infragestellung unserer Geldordnung und des Zinswesens, denn die Konzentration des Geldes bei einem immer kleiner werdenden Teil der Bevölkerung, dem damit letztlich die Entscheidung über die Lebensmöglichkeiten der anderen gegeben wird, ist nicht mehr hinnehmbar.

- Wir fordern, daß Geld wieder seine Bestimmung als Tauschmittel zurückerhält und nicht selbst Ware ist, die ohne Grenzen gehortet werden kann.

- Wir fordern alle Finanzmanager und Finanzkaufleute auf, ihrer moralischen Verantwortung gerecht zu werden, damit Geld den Menschen dient und nicht um seiner selbst willen existiert, denn damit wäre es als Götze anzusehen.

Auf der politischen Ebene beklagen wir, daß ein immer größer werdender Teil der Weltbevölkerung den Zugang zu den notwendigen Ressourcen verliert. ...

- Wir fordern die Wiederinkraftsetzung des Primates der Politik gegenüber der Wirtschaft.

- Wir fordern, daß die Gewinne der großen Konzerne und der großen Geldvermögen gerecht besteuert werden, damit denen, die keinen Zugang zu Arbeit und damit zu würdigen Lebensmöglichkeiten haben, geholfen werden kann.

- Wir fordern ein Überdenken unseres Eigentumsbegriffs: Eigentum ist immer sozialverpflichtend. ...

- Wir fordern, daß die Kirchen sich neu auf ihre Wurzeln besinnen und sich wie Jesus eindeutig und klar auf die Seite der Armen und Schwachen stellen.

- Wir fordern die Kirchen auf, wach und aufmerksam zu sein, wo sie selbst diese anonymen Mächte und Systeme stützen und darin verstrickt sind.

- Wir fordern, daß die Kirchen überall dort ihre Stimme erheben, wo der Mensch seiner Würde beraubt und dem Götzen Mammon geopfert wird.

LB Köln



Der Kurswert der Armutsaktie 1999 ist gestiegen

FRANKFURT. Ab sofort kann die neue Frankfurter Armutsaktie 1999 zu einem Kurswert von 16 DM käuflich erworben werden. Der gemeinnützige Verein Frankfurter Armutsaktie stellte sie am 7. Mai auf einer Veranstaltung in der Aula der Fachhochschule vor. Für das Layout hatte es einen Kunstwettbewerb gegeben. Ausgezeichnet wurde der Entwurf des zwölfjährigen Schülers des Goethe-Gymnasiums, Danyal Yaslak. Auf der Veranstaltung hielten neben dem Vorsitzenden des Vereins, Antonio del Re, der Rektor der FH, Rolf Kessler, und die Geriaterin Rita Peter („Armut im Alter“) kurze Beiträge. Außerdem gab es ein Kulturprogramm mit Pantomime, einen Kurzfilm von Frank Hollmann und Jazz-Dance.

Die Arbeit des Vereins seit seiner Gründung im Januar 1998 war außerordentlich erfolgreich. Der Verkauf der ersten „Armutsaktie“ (Kurswert DM 15) erbrachte einen Betrag von DM 10000. Die Summe soll sozialen Projekten zur Verfügung gestellt werden, deren Ziel es ist, Armut, Obdachlosigkeit und Isolation in der Gesellschaft zu bekämpfen. Welche Projekte das sein werden, entscheiden die „Aktienbesitzer“ auf einer „Aktionärsversammlung“, zu der der Verein demnächst einladen wird.

Dem Verein geht es neben der politischen Demonstration vor allem um die praktische Unterstützung. Die Idee mit der „Aktie“ entstand, als „vor zwei Jahren der Widerspruch zwischen steigenden Börsenkursen und der Verarmung von Teilen der Gesellschaft immer deutlicher wurde“ (Antonio del Re). Der „Kurs“ der Aktie wird anhand eines Sozialindexes ermittelt, der über verschiedene Indikatoren (Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Räumungsklagen, Eigentumsdelikte, Wohnsitzlose und Frankfurt-Paß-Inhaber) errechnet wird: Nimmt die Armut zu, erhöht sich der Kurswert, nimmt sie ab, fällt er.

Weil von 1996 auf 1997 in Frankfurt die Anzahl der Langzeitarbeitslosen und der Räumungsklagen gestiegen ist, wird die Armutsaktie 1999 für DM 16 verkauft. Sie ist unter anderem erhältlich bei der Ökobank, Bornheimer Landstraße 22, beim Eine-Welt-Laden an der Konstabler, Große Friedberger Straße 2, sowie beim Verein selbst: Verein Frankfurter Armutsaktie, Kleiststr. 5, 60318 Frankfurt am Main (Asta FH), Tel: 626130 oder 30852611.

ola

Protest gegen Erhöhung des Semestertickets um 46 Prozent

FRANKFURT/MAIN. Rund 600 StudentInnen protestierten am 20. Mai auf dem Uni-Campus gegen die Pläne des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV), das Semesterticket um 46 Prozent (!) von derzeit 174 DM auf 250 DM zu verteuern. Die Studentenvertretung hatte von den Plänen erst aus der Presse erfahren. Der AStA weist darauf hin, daß die Preissteigerungen im klaren Widerspruch zu den Vereinbarungen mit dem RMV stehen.

Frankfurter Info 11/99

50 Jahre-Feierlichkeiten

FREIBURG. Als die „Landeszentrale für politische Bildung“ am 22. Mai ihre Stände auf dem Rathausplatz aufbaute, um anzustoßen auf das Grundgesetz, ahnte sie noch nicht, daß hierzu auch andere ihren Beitrag liefern wollten. Die VVN und das Freiburger Friedensforum erinnerten an die zahlreichen Deformierungen seit 1949 bis hin zum Lauschangriff und Asylparagraphen. Eine nicht so spontane Einlage lieferten Soldaten, die plötzlich aus einer Seitenstraße aufmarschierten. Im geübten Stechschritt, mit geschultertem Gewehr auf dem Durchmarsch nach Kosovo. Unterwegs noch ein letztes Gebet und eine letzte Frage: „Sag mir, wo die Grünen sind, wo sind sie geblieben?“

Antifasch. Zeitung für Emmendingen, Freiburg, Waldkirch, Juni 99

Hamburg

Kein Tag des „Nationalen Widerstandes“

In Hamburg konnte der angekündigte Aufmarsch der Neonazis erfolgreich verhindert werden: Unter der Losung „Nie wieder Faschismus; Nie wieder Krieg“ gingen trotz Versammlungsverbotes 2000 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf die Straße.



Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) rief für den 5. Juni zu einem Aufmarsch in Hamburg auf, und die „Freien Nationalisten“ mobilisierten bundesweit ihren Anhang.

Unter der Parole: „Der Soldaten Ehre ist auch unsere Ehre! Verteidigen wir sie“ wollen die Nazis gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945“ demonstrieren. Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist noch bis zum 11. Juli in der Hansestadt zu sehen. Gegen den Nazi-Aufmarsch hatten sich Antifaschistinnen und Antifaschisten aus über 60 Initiativen, Organisationen und Parteien auf einen gemeinsamen Aufruf verständigt. „Ein Naziaufmarsch in und durch Hamburg wird von uns nicht hingenommen“, zitierte die taz-hamburg den Sprecher des Bündnisses, Andreas Grünwald.

„Eine angekündigte Veranstaltung in einer vergleichbaren Größenordnung

konnte die DVU zuletzt vor zwanzig Jahren in Hamburg durchführen, und das wird auch so bleiben!“

Die Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch gelangten schließlich bis vor das Bundesverfassungsgericht. Erst am Freitagabend fiel im Eilverfahren die Entscheidung. Ausgenommen die weit entfernte Kundgebung des DGB, bleiben alle Versammlungen zum Thema Wehrmachtsausstellung untersagt. Damit folgten die Karlsruher Richter dem Beschluß des Hamburgischen Obergerichtes. Am Tag zuvor hatte dieses Gericht die Verbotungsverfügung der Innenbehörde gegen die Demonstration des Hamburger Bündnisses gegen Rassismus und Faschismus sowie zwei Kundgebungen der VVN bestätigt. Das Ungewöhnliche an dem faktischen Demonstrationsverbot ist dessen Bestand vor den Verwaltungsgerichten. Nicht selten werden die Versammlungen der Nazis von der Polizei verboten, anschließend von den Ver-

waltungsgerichten aber wieder erlaubt.

In Hamburg – wie in Bremen am 1. Mai diesen Jahres – mußten denn befürchtete „Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ durch linke Gegendemonstranten für das Verbot der Nazi-Veranstaltung erhalten: „Nach den Erfahrungen sowohl in Hamburg als auch in anderen Bundesländern ist nämlich zu erwarten, daß trotz der Verbote potentielle Teilnehmer der genannten Veranstaltungen sich dennoch zusammenfinden...“ Die anschließenden Gewaltszenarien ließen die 3000 eingesetzten Beamten nicht mehr Herr der Lage sein.

Demgegenüber interessierten sich die Hamburger Richter nicht einmal im Ansatz für Nazi-Gewalt gegen Ausländerinnen, Ausländer und Andersdenkende. Kein Wort zum SA-ähnlichen Ordnungsdienst der „Freien Kameradschaften“, der bei Aufmärschen regelmäßig gegen das Uniformverbot verstößt. Keine Zeile über die Nachfolgestruktur der verbote-

Antifaschistische Demonstration in Northeim am 26. Juni 1999

In der Nacht von Dienstag, 25. Mai, auf Mittwoch, 26. Mai 1999, verübten Neonazis einen Anschlag auf den Kleinbus der PDS-Bundestagsabgeordneten Heidi Lippmann. Hierbei wurden alle vier Reifen zerstochen und das neue Rote Zentrum, in dem auch der Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur untergebracht ist, sowie der Bus mit Neonazi-Aufklebern beklebt.

Dieser faschistische Angriff ist die Folge einer stetigen Formierung der Neonazi-Strukturen im Raum Göttingen/Northeim. Schon vor einigen Monaten wurden Aufkleber der verbotenen NSdAP/Aufbauorganisation am Roten Zentrum, am Asta und an einem Buchladen verklebt. Am jüdischen Teil des Friedhofs in Grone sowie am Göttinger Kirchenasyl wurden

Hakenkreuze an die Wände gesprüht.

Diese Entwicklung geht einher mit verstärkter Struktur- und Aufbauarbeit neonazistischer Gruppen in der Region. So störten im April 60 Neonazis aus Göttingen, Northeim und Duderstadt eine Veranstaltung der Stadtjugendpflege in Duderstadt zum Thema „Nazi-Musik“.

In Göttingen stellt der NPD-Aktivist Stephan Pflingsten, der schon für die NSdAP-Aufkleber verantwortlich gemacht wurde, die Schnittstelle zur faschistischen Kameradschaft Northeim dar. Kopf der Kameradschaft Northeim ist nach wie vor Thorsten Heise, der sich seit über 10 Jahren in Nazi-Strukturen bewegt und zur Zeit an allen größeren faschistischen Aufmärschen beteiligt ist.

„Wir haben die Nazi-Struktur im Auge, und Widerstand ist möglich. Doch erfolgreicher, antifaschistischer Widerstand muß von vielen gesellschaftlichen Kräften getragen werden. Dazu gehören Aktionen wie die des Autonomen Komman-

dos „Revolutionärer 1. Mai“ (das in die Wohnung des Neonazis Stephan Pflingsten eindrang, um „diverse Materialien zu beschlagnahmen“) genauso wie die Bündnisdemonstration in Northeim gegen die Kameradschaft Northeim. Wir rufen alle fortschrittlichen, gesellschaftlichen Kräfte auf, sich an der Demo zu beteiligen.“, so eine Sprecherin der Autonomen Antifa [M].

Am 26. Juni 1999 wird in Northeim auf Initiative der Autonomen Antifa [M] eine Bündnisdemonstration unter dem Motto „Den rechten Vormarsch stoppen! – Weg mit der faschistischen Kameradschaft Northeim!“ stattfinden, an der sich auch Gewerkschaften, Verbände von PDS und Bündnis 90/Die Grünen beteiligen. Auftakt ist um 13.00 Uhr am Münster in Northeim. Ab 11.30 Uhr werden Busse vom Schützenplatz/Göttingen dorthin fahren.

Nähere Informationen, Beiträge, Interviews über Autonome Antifa [M]:
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aam>

nen Nationalen Liste, deren Kader beim Naziaufmarsch Anfang des Jahres in Kiel skandieren: „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ und damit den Tatbestand der Werbung für verbotene Organisationen erfüllen.

Ganz offensichtlich wertet die Rechtsprechung das Bekenntnis zum Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit als Bestandteil der freien Meinungsäußerung und damit als ein schätzenswertes Rechtsgut. Die schwache Verbotsbegründung gegen den Naziaufmarsch ließ denn auch die Hamburger Organisatoren aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten“ bis zuletzt auf eine Genehmigung ihrer Veranstaltung hoffen und zwang die Antifaschisten durch den kostspieligen Instanzenweg. Das Hamburger Bündnis gegen Rassismus und Faschismus hätte sich mit einem Versammlungsverbot der Nazi-Veranstaltung möglicherweise auch ohne eigene Demonstration begnügen können, wäre dessen inhaltliche Stoßrichtung nicht schlimmer als die sonst übliche Gleichsetzung von links und rechts: Denn werden die Grundfeste des bürgerlichen Rechtsstaates – die Versammlungsfreiheit – in der Lesart durch das OVG von „linken Chaoten“ außer Kraft gesetzt, folgt die Forderung nach staatlicher Aufrüstung und härterem Durchgreifen auf dem Fuße, und die „ordentlichen“ Enkel Hitlers erscheinen als bedauernswerte Opfer des linken Terrors. Allein aus diesem Grund war es wichtig zu demonstrieren, daß viele in Hamburg keinen Nazi-Aufmarsch wollen und eine politisch entschlossene Initiative einen Nazi-Aufmarsch auch tatsächlich verhindern kann.

Dem Problem, daß Naziaufmärsche nur auf der Straße oder in der institutionalisierten Reaktion auf Proteste (durch Verbote) zu verhindern sind, stellte sich der Hamburger DGB erst gar nicht. Vielmehr sollte eine vom Vorsitzenden Erhard Pumm und der Weihbischofin Maria Jeppens organisierte Kulturveranstaltung eine „bürgernahe“ und „naziferne“ Alternative zu den Protesten am Ort des Geschehens darstellen. Für 20.000 Menschen angemeldet, besuchten gerade einmal 200 Teilnehmer die Kundgebung am anderen Ende der Innenstadt. Die Veranstalter hatten sich durch viele unschöne Trickserien zuletzt auch noch selbst schachmatt gesetzt: Als Freimut Duve (SPD) die Kundgebung gegen alle Absprachen zu einer Pro-Nato-Kundgebung umfunktionierte, liefen auch noch die letzten GewerkschafterInnen davon.

In einem Punkt teilt die antifaschistische Demonstration der radikalen Linken mit ihren gut 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch das Problem der DGB-Veranstaltung. MigrantInnen, SchülerInnen und Studierende – um nur einige zu nennen – wurden von keiner der beiden Veranstaltungen in nennenswertem Ausmaß erreicht. Offensichtlich ist die Zeit der Lichterketten vorüber. Aber es scheint, daß nicht nur das sogenannte

„bürgerliche Spektrum“ Probleme hat, die „Hamburger Bevölkerung“ zu erreichen. Auch der Linken fällt es schwer, vor der Realität von Krieg und rassistischer Normalität mit „beseelenden Ideen in einer gerechten Sache“ (Schwur von Buchenwald) über die engen, eigenen Grenzen hinaus zu gelangen. Seien wir ehrlich, es bedarf eine Menge historischer Bezüge und es braucht die Vorstellung von gesellschaftlichen Alternativen, andernfalls bleibt für die meisten „Nie wieder Faschismus; Nie wieder Krieg“ heutzutage nur noch eine überkommene Phrase. Deshalb waren auf der Kundgebung die Reden von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen so wichtig! Ludwig Baumann (Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz), Kurt Hälker (Deutsche bei der Resistance, der Anti-Hitlerkoalition und der Bewegung freies Deutschland/CALPO) und Marianne Wilke (Landessprecherin der VVN/BdA in Schleswig-Holstein) sind Menschen, die Mut machen und der Instrumentalisierung von Auschwitz entgegentreten.

Apropos Entgegentreten. Der „Nationale Widerstand“ befürchtete in Hamburg wohl das Getrete und Gezerre und dirigierte die Kameradschaften rechtzeitig aus Hamburg und Schleswig-Holstein nach Mecklenburg-Vorpommern um. 500 Beamte fingen den Konvoi vor Schwerin ab und eskortierten die Nazis nach Ludwigslust. Dort formierte sich um 12.30 Uhr ein Zug von 500 Faschos, ohne einen einzigen Bereitschaftspolizisten vor Ort. Unter der Führung von Worch, Wulf, Heise und Hupka teilte sich der Aufzug. Eine Gruppe versuchte in Erfurt, die andere in Hamburg einzusickern. Beides mißlang. Daß der NHB-Anmelder, Alexander von Webenau, gegenüber der taz-hamburg erklärte: „Dieser Tag war ein Tag des Nationalen Widerstandes“, hat viel mit Wunschenken und Schönreden und wenig mit der Wirklichkeit gemein. Ernster zu nehmen ist da schon die Erklärung von Thomas Wulf: „Schon nächste Woche versuchen wir, erneut in Hamburg zu protestieren.“ *kub*

Neue Gebührenordnung der städtischen Kindertagesstätten verabschiedet

Keiner fragt nach den Bedürfnissen der Kinder

Stuttgart. Gegen den Widerstand des Personalrats der Erzieherinnen und der Gewerkschaft ÖTV verabschiedete der Gemeinderat einstimmig eine neue Gebührenordnung für Kindertagesstätten.

Danach werden die Gebühren gestaffelt nach Dauer der Betreuung: zwischen 72 DM für vier Stunden bis zu 180 DM für zehn Stunden mit Zuschlägen für Früh- und Spätbetreuung, dazu noch eine Es-

senspauschale von 100 DM. Für Geschwisterkinder gibt es Ermäßigungen. Einkommensabhängig sind die Gebühren nicht mehr.

Überaus heftig wurden Personalrat und ÖTV wegen ihrer Kritik an der neuen Gebührenordnung attackiert. Werner Wölfe von B'90/Grüne, der sich sowieso weit vorgewagt hatte in der gesamten Diskussion und die Erzieherinnen immer wieder als unflexibel und träge angegriffen hatte, empfand die nicht abreißende Kritik als eine billige Polemik des Personalrates, wie in der *Stuttgarter Zeitung* zitiert. Bürgermeisterin Müller-Trimbusch konnte die ganze Diskussion überhaupt nicht verstehen, auch der Kommentator in der *Stuttgarter Zeitung* warf den Erzieherinnen vor, sich gegen die von den Eltern gewünschte Flexibilität zu stellen, die schon lang überfällig sei.

Es ist den Erzieherinnen und ihren Vertretungen in der lang vorhergegangenen Gebührendiskussion einfach nicht gelungen, klar zu machen, daß der Besuch der Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, denn gebührenfreie Einrichtungen oder zumindest welche mit minimalen Gebühren werden von den Gemeinderäten keiner Partei auch nur angedacht.

Nicht einmal die Qualitätsfrage kam zur Diskussion. Die Erzieherinnen wehren sich nicht gegen Flexibilität, sondern dagegen, daß mit den „gerechten und übersichtlichen“ Gebühren pädagogische Standards abgebaut werden. Über den Bildungsauftrag, der erfüllt werden muß und der einer Kernzeit bedarf, um umgesetzt werden zu können, redete ebenfalls keiner. Wenn Kinder sozusagen wie das Auto an der Parkuhr stundenweise abgegeben werden, können keine festen Gruppen entstehen, sind gemeinsame Unternehmungen kaum noch planbar, kurzum, das soziale Lernen wird deutlich erschwert.

Dagegen wurde von der Verwaltung mit den Schlagworten Zukunft und Flexibilität hochgelobt, wofür es keine pädagogischen Begründungen gibt: keine Gruppen, keine Strukturen, weder in der Alterszusammensetzung noch in der Betriebsform.

Daß die soziale Förderung der Kinder, ihr Bedürfnis nach Sicherheit und gesunden Grenzen dabei auf der Strecke bleiben, konnte den Gemeinderäten leider nicht einsichtig gemacht werden. Daß stundenweise Betreuung ohne Kernzeit zudem noch zu Doppelbelegung der Plätze führen wird und die Erzieherinnen einfach überfordern wird und damit die Qualität weiter leiden wird, auch dies fand kein Gehör.

Die Qualitätsdebatte wurde einfach von der Gebührendebatte abgehängt, und nun liegt das Ergebnis vor: mit der Gebührenänderung wird die Qualität der Betreuung verschlechtert.

Die vom Gemeinderat zugleich eingeleitete „Qualitätsoffensive“ (eine große Koalition beschloß den Antrag Wölfes,

Gelder dafür zur Verfügung zu stellen), wird daran nichts ändern. Was ist da zu erwarten: Die Konkurrenz zwischen den Tagesstätten soll geschürt werden über einen Fonds für Einrichtungen, die etwas ganz Besonderes bieten. Hoffentlich sind keine Stundenhotels für Kinder, mit Computerlernprogrammen und modernster technischer Ausstattung gemeint, die den Kindern auf Knopfdruck das bieten, wovon Erwachsene meinen, daß sie es brauchen!

Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Tietze von der Uni Berlin brachte die Sache bei einer Podiumsdiskussion auf den Punkt: Seiner Meinung nach geht es nicht, daß die, die über die Finanzierung der Kinderbetreuung entscheiden, auch über die Qualitätsstandards entscheiden. Dort müßte eine andere Kraft eintreten. Bei Frau Bürgermeisterin Müller-Trimbusch, ebenfalls auf dem Podium vertreten, war nur Schulterzucken und Unverständnis für diese Auffassung erkennbar. (unb)

Hungerstreik begonnen

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Köln. Am 4. Juni, haben in Köln Flüchtlinge aus Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten gemeinsam, mit UnterstützerInnen aus Europa und den USA, einen Hungerstreik gegen rassistischen Terror und für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Frieden begonnen ... Wir haben diesen Hungerstreik heute, da der EU-Gipfel stattfindet, begonnen, und wir werden auch dann noch im Hungerstreik sein, wenn er G7-Gipfel vom 18. bis 20. Juni tagen wird.

Wir hungern nach Gerechtigkeit

Am 28. Mai wurde Aamir Mohamed Ageeb, ein sudanesischer Flüchtling, nur ein paar hundert Kilometer von Köln entfernt in einem Flugzeug während eines gewaltsamen Abschiebeversuches aus Deutschland von BGS-Beamten getötet. Die Aussage von Otto Schily, dem Innenminister Deutschlands, er werde nun keine Abschiebungen per Flugzeug mehr durchführen, wenn sich die betroffenen Flüchtlinge körperlich dagegen wehren, erscheint uns angesichts der Tatsache, daß bei dem gerade stattfindenden EU-Treffen neue Strategien erarbeitet werden, um die Festung Europa weiter zu stärken und noch weit mehr Menschen als bisher gewaltsam abzuschieben, lächerlich. Abschiebung ist niemals freiwillig!

Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört

Köln, als die gastgebende Stadt der EU/G8-Gipfel, wird zugleich die Flüchtlinge und Unterdrückten beherbergen müssen, die die Konsequenzen ihrer Po-

litik darstellen. Wir versammeln uns hier, um uns unseren Unterdrückern entgegenzustellen. Dabei werden wir nicht nur auf die rassistische Realität, mit der wir hier in Deutschland konfrontiert sind, hinweisen, sondern auch auf die Gründe unserer Flucht: Die Brutalität der Diktaturen und der faschistischen Regime in den Ländern, aus denen wir kommen, und wie Deutschland und alle anderen G7-Staaten genau diese Regime unterstützen und stabilisieren, um ihre Gewinne zu maximieren.

Diese Treffen der mächtigsten Staaten der Welt finden in einer Zeit voller Gewalt und Ungerechtigkeit statt.

Mit unglaublicher Arroganz ist das türkische Regime auf dem Weg, den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, zu ermorden, um den kurdischen Freiheitskampf zu zerstören. Die Hungerstreikenden fordern die EU- und G7-Gipfel auf, massiven Druck auf die Türkei auszuüben, um dieses barbarische Schauspiel zu stoppen und eine politische Lösung für die kurdische Frage zu finden.

Nach mehr als 70 Tagen ununterbrochener Bombardierung, massiver Zerstörung und unglaublichem Leid der jugoslawischen Bevölkerung ist klar, daß der Nato-Angriff auf Jugoslawien nichts mit Menschenrechten zu tun hat. Ebenfalls ist klar, daß die kosovo-albanischen Flüchtlinge als Mittel zur Rechtfertigung des US-geführten Nato-Angriffs benutzt werden. Die Hungerstreikenden fordern die Mitglieder der EU und G7 auf, unmittelbar die Nato-Angriffe einzustellen.

Wir, die Flüchtlinge im Hungerstreik, fordern insbesondere von der deutschen rot-grünen Regierungskoalition, nicht weiter Gründe für unsere Flucht zu schaffen – nicht weiter deutschen Militarismus und Expansionismus mit Menschenrechten zu rechtfertigen – nicht weiter mit faschistischen Regimes und Diktaturen wie der Türkei, Peru, Sri Lanka, Nigeria, Togo etc. zu kollaborieren und sie zu stützen, sondern wirklich anzufangen, Menschenrechte zu verteidigen, indem ein sofortiger genereller Abschiebestopp ausgerufen wird.

Wir fordern den grünen Bundesaußenminister Joschka Fischer auf, unverzüglich ein Treffen mit ihm, dem Bundesinnenminister Otto Schily und den Hungerstreikenden zu arrangieren, um ihnen unsere Forderungen zu überreichen und zu diskutieren.

Unterstützt die Hungerstreikenden! Sendet Faxe an das Büro der Grünen (02 21) 9 77 78 89 und fordert diese auf, nicht weiter Druck auf die Hungerstreikenden auszuüben und sie ihre Aktion ungestört fortsetzen zu lassen.

Spenden sind dringend nötig und steuerlich absetzbar. Schickt eure Spenden an: Sparkasse Bremen, Kt.Nr. 10739282, BLZ: 29050101, Bemerkung: Hungerstreik

Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen

Aus „blick nach rechts“ 11/99, 53113 Bonn, Heussalle 2-10

Nazi-Aktivitäten bei den Kommunalwahlen im Osten

In mehreren neuen Bundesländern schielen die rechtsextremen Parteien am 13. Juni auf den Einzug in die Gemeindeparlamente. So gar die DVU tritt erstmals auf kommunaler Ebene an. Die NPD gibt sich bürgerlich.

Der Urnengang am 13. Juni zu den Europawahlen ist in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen gleichzeitig mit dem turnusmäßigen Votum für die Zusammensetzung der Rathäuser, Gemeindevertretungen und Kreistage verbunden. Auch die Parteien am rechten und äußersten rechten Rand treten dabei in Erscheinung, wenngleich nirgends eine flächendeckende kommunalpolitische Streuung erkennbar ist.

NPD, Republikaner und DVU haben nur punktuelle und regionale Schwerpunkte, wenn überhaupt. In Thüringen beispielsweise scheiterten Versuche für Kandidaturen zur Kommunalwahl bereits im Vorfeld. Fast durchwegs haben Republikaner oder der Bund Freier Bürger (BFB) die nötigen Unterstützungsunterschriften nicht zusammenbekommen.

Kandidatur als „Testballon“

In Mecklenburg-Vorpommern setzt man seitens der NPD auf spektakuläre Einzelerfolge. Die Partei hat Hochburgen in Mecklenburg-Strelitz, Parchim, Ludwigslust, Boizenburg, Greifswald und Stralsund. Dabei greift man zum Teil auf kontinuierlich entstandene Strukturen von den Bundes- und Landtagswahlen im September vergangenen Jahres zurück. Auch in Rostock ist die NPD mit einem



Kandidaten vertreten. In Stralsund kommt es sogar zum konkurrierenden Antreten von NPD und Republikanern, eine eher untypische Situation bei diesen Wahlen.

Die DVU setzt in Sachsen-Anhalt lokale Akzente. Nach ihrem Triumph bei der Landtagswahl im April vergangenen Jahres erhofft sie sich jetzt auch Zuspriech in Magdeburg und Wittenberg. In der sachsen-anhaltinischen Hauptstadt ist dabei Horst Günther einer der Kandidaten, der nach der Wiedervereinigung zunächst bei der DSU seine politische Heimat hatte. Einen Sonderfall gibt es in Halle/Saale. Dort möchte Frank Mikesch erneut in die Ratsversammlung einziehen. Bislang saß er für die Republikaner im Ratsparlament, jetzt bewirbt er sich als Einzelkandidat.

In Sachsen hat die NPD „rechtsaußen“ die Dominanz. Die Republikaner und die DVU spielen keine Rolle. Die beiden Metropolen Dresden und Leipzig lassen sie zwar in Ruhe, doch ansonsten kämpfen die Nationaldemokraten um den Einzug in 18 Stadtparlamente. Matthias Paul, sächsischer Wahlkampfbeauftragter der NPD, gibt unumwunden zu, daß die Kandidatur für die Kommunalwahlen ein „Testballon“ für die am 19. September anstehende Landtagswahl ist.

Mieterberatung und Babysitter von der NPD

Gibt es keine Konkurrenzsituation vor Ort wie in Stralsund, darf mit den Rechtsextremisten durchaus Einzelerfolge zutrauen. Protestwähler gibt es in den östlichen Bundesländern zuhauf. Bis zu zehn Prozent der Wählerstimmen könnten sie jeweils auf sich vereinigen, so die Mutmaßungen von Wahlforschern. Neben den angesprochenen Parteien gibt es außer in Mecklenburg-Vorpommern auch vereinzelt örtlich rechtsgerichtete DSU-Kandidaturen. Die DSU verfügt im Unterschied zu den genannten rechtsextremen Parteien über kommunalpolitische Erfahrung.

Doch gerade diesbezüglich ist die NPD offenbar lernfähig. Sie gibt sich im Straßenwahlkampf zunehmend bürger- und bürgerfreundlich. Da wird ein Service für Schularbeitenhilfe angeboten, 'mal offeriert man Babysitter. Neben dem Engagement gegen höhere Abwassergebühren gesellt sich die telefonische Beratung zum Thema Mietrecht.

Hinter den Kulissen wird der Kontakt zu den „Stiefelnazis“ allerdings weiter gepflegt. Bestes Beispiel dafür ist Uwe Leichenring aus Königstein/Sachsen. Mit biederem Auftreten ist er jetzt im Kampf um ein Stadtratsmandat aktiv, parallel ist er Aktivist der militanten Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“, die sich nicht von ungefähr mit SSS abkürzt. Gegen mehrere Mitglieder dieser Kameradschaft laufen derzeit Ermittlungen und Verfahren wegen Körperverletzung und neonazistischer Propaganda. •

KLAGE WG. ENERGIEGESETZ
Berlin. 13 Städte und Gemeinden – darunter Cottbus, Kiel, Neubrandenburg, Saarbrücken, München – klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue Energiewirtschaftsgesetz. In einem Eilverfahren versuchen sie zu erreichen, daß der Wettbewerb um Tarifkunden bis zum 10. August des nächsten Jahres ausgesetzt wird. Bis zum 10.8.2000 muß die europäische Gas-Richtlinie in nationales Gesetz umgesetzt sein, daher könne man in dieser Zeit das umstrittene Gesetz ändern. Die Kommunen sehen sich im Wettbewerb mit den großen Versorgungskonzernen benachteiligt, nach ihrer Auffassung verstößt es gegen die grundgesetzliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung.

KiTA-BEGEHREN ERFOLGREICH
Hannover. Mit 149.872 gültigen Unterschriften haben die InitiatorInnen des KiTa-Volksbegehrens in Niedersachsen die erste Hürde auf dem Weg zum Volksentscheid erfolgreich genommen. Zur nun bevorstehenden Prüfung des Antrags, mit dem ein Aktionsbündnis für die Beibehaltung des bisherigen Gesetzes für Kindertagesstätten kämpft, hätten 25.000 Unterschriften gereicht. Über die Zulässigkeit des Antrags entscheidet jetzt die Landesregierung. Dann haben die InitiatorInnen weitere sechs Monate Zeit, um die Zahl der Unterschriften auf mindestens 590.000 (10% der Wahlberechtigten) aufzustocken.

STÄDTE GEGEN ENTSORGUNGSPAKT
München. Der Bayer. Städtetag will dem „Entsorgungspakt Bayern“, den der Verband der bayer. Entsorgungsunternehmen, der Industrie- und Handelskammertag, Handwerkstag und Landkreistag schließen, nicht beitreten. Die Wirtschaft wollte über diesen Pakt erreichen, daß die Städte sich verpflichten, den Restmüll zu entsorgen und das übrige lukrative Geschäft mit dem Abfall den privaten Unternehmen zu überlassen. Der Städtetag betont, daß die kommunalen Betriebe sich im Wettbewerb nur behaupten können, wenn sie mehr als bisher in gleicher Weise wie andere private Unternehmen agieren und auf die Bedürfnisse ihrer Vertragspartner eingehen können. Ein solcher Pakt, so ihre Kritik, legt der kommunalen Wirtschaft Fesseln an.

ENTRECHTUNG FÜR DAS PERSONAL
Frankfurt/Main. Die CDU/FDP-Landesregierung beabsichtigt, die Rechte der Personalvertretungen und Frauenbeauftragten einzuschränken. Sie behauptet, daß dies eine „unverzichtbare Voraussetzung der Verwaltungsreform“ darstelle. Der Gesetzentwurf sieht u.a. vor, das Mitbestimmungsrecht in sozialen Angelegenheiten stark zu beschrän-

ken und existierende Mitbestimmungsrechte in wesentlich schwächere Mitwirkungsrechte umzuwandeln. Frauenbeauftragte und Frauenförderpläne soll es erst ab 50 Beschäftigte geben.

GEGEN KOMBI-LOHN
Köln. In der aktuellen Diskussion um die „Subvention“ von Niedriglöhnen hat der Deutsche Städtetag den Vorwurf von Arbeitgeberpräsident Hundt, die Entwicklung der Sozialhilfe galoppiere der Lohnentwicklung davon, als völlig unbegründet zurückgewiesen. Seit 1996 sei die Entwicklung der Regelsätze in der Sozialhilfe bis auf weiteres an den Nettolöhnen orientiert. Das Niveau der Regelsätze steige dadurch Mitte 1999 gegenüber 1998 um 1,3 Prozent. Deshalb könne von einem schnelleren Zuwachs der Sozialhilfe gegenüber den Löhnen keine Rede sein. Zuleich warnt der Städtetag vor 100.000 neuen Sozialhilfeempfängern durch das von Hundt favorisierte sozialhilfefinanzierte Kombi-Lohn-Modell.

SOZIALPOLITISCHE OFFENSIVE
Mannheim. Mit einer Fachkonferenz zum Thema Armut begibt die Sozialpolitische Offensive (SOPO) am 20. Mai ihr fünfjähriges Bestehen. Der Zusammenschluß von Wohlfahrtsverbänden, Gruppierungen und Einzelpersonen muß mit einem grundsätzlichen Problem ringen: Wenn Gesetze so schlecht sind, daß bei bestem Willen auf kommunalpolitischer Ebene die Auswirkungen dieser Gesetze höchstens gemildert, nicht aber „bekämpft“ oder gar abgeschafft werden können, dann ist der Handlungsrahmen von vornherein relativ beschränkt (Stichwort Kommunalisierung von Arbeitslosigkeit). Ein weiteres Problem ist das Eigeninteresse der Wohlfahrtsverbände, das sich oft nicht mit den Interessen von Betroffenenengruppen wie beispielsweise der Arbeitsloseninitiative deckt. An wichtigen und nachweisbaren Erfolgen kann die SOPO aber folgende Bereiche nennen: Durchsetzung einer professionellen Schuldnerberatung, Initiierung von einer „Freezone“ für obdachlose Jugendliche, Protest gegen Zwangsarbeitsmaßnahmen, Beschlußfassung zum Sozialpaß, Widerstand gegen die erneute Kürzung von Kleiderbeihilfen in der Sozialhilfe.

LITERATURHINWEIS
Zwischen Überförderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie. So der Titel einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Urbanistik, Hrg. ist Heinrich Mäding. Dokumentiert werden Beiträge vom Symposium „ZukunftswerkStadt“ Ende 1998, darunter „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Gesellschaftliche Integration“, „Leistungsfähige Infrastruktur“, „Politische Stabilität“. ISBN 3-88118-275-6, 229 Seiten, DM 46,-. Zusammenstellung: baf



30 000 beim Euromarsch in Köln

Sie kamen von überall aus Europa: die spanischen Anarchosyndikalisten schwenkten ein Meer von schwarz-roten Fahnen, mehrere tausend Kurden skandierten die Parole „Freiheit für Abdullah Öcalan“ und 5.000 französische Erwerbslose konterten mit ihren Parolen den geplanten EU-Beschäftigungspakt. Hinzu kamen zahlreiche Kriegsgegner aus verschiedenen politischen Spektren, darunter die italienische Antikriegskoalition. Fünfzig indische Kleinbauern stellten die asiatische Delegation und demonstrierten gegen die Politik der Transnationalen Konzerne. Aus Deutschland beteiligten sich mehr als zehntausend Aktivisten aus Erwerbslosenorganisationen,

Gewerkschaften und antifaschistischen Gruppen.

Die Veranstalter der europäischen Großdemonstration am vergangenen Samstag in Köln zählten insgesamt mehr als 30.000 Teilnehmer. Sie werteten die Demonstration der „Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg“ gegen den kommenden EU-Regierungsgipfel als „vollen Erfolg“. „Die Bewegung ist im Vergleich zur 97er Mobilisierung nach Amsterdam in ihrer sozialen Zusammensetzung sogar noch breiter geworden“, so Angela Klein, Sprecherin der Bundeskoordination der Euro-Märsche.

Auf Transparenten, Plakaten und Re-

debeiträgen machten die Demonstranten auf den Zusammenhang zwischen Krieg, Erwerbslosigkeit und sozialer Verelendung aufmerksam. Sie erklärten sich solidarisch mit den Flüchtlingen, zivilen Opfern, sozialen Initiativen und Gewerkschaften auf dem Balkan.

Besondere Kritik widmeten sie der geplanten militärischen Aufrüstung der EU und der gleichzeitigen Vorhaben, europaweit den Billiglohnsektor auszubauen und weitere Einschnitte im sozialen Netz vorzunehmen. „Wir, die Erwerbslosen, Beschäftigten und Migranten in Europa sollen die Bomben bezahlen, mit denen heute Jugoslawien, und morgen vielleicht Weißrußland, die Ukraine oder sogar Rußland in Schutt und Asche gelegt werden sollen“, erklärte ein Vertreter der Kölner EuroMarsch-Gruppe bereits auf der Auftaktveranstaltung des EU-Alternativgipfels am Freitagabend.

Auch die Auftaktkundgebung der Demonstration in der Kölner Innenstadt zeugte von der großen Bandbreite des Bündnisses und dem pluralistischen An-



Internationals Gewerkschaftssymposium

Gewerkschaftliche Rechte – wie ist es um sie bestellt?

Am Sonntag trafen sich 120 Teilnehmer des EU-Alternativgipfels zu einem internationalen Gewerkschaftssymposium in Köln. Es kamen Vertreter aus Kolumbien, Namibia, Rußland, Brasilien und den USA. Welche Probleme der gewerkschaftlichen Organisation bestehen auf internationaler Ebene?

In weiten Teilen der Welt werden auch heute noch gewerkschaftliche Aktivitäten unterdrückt. So berichtete Cesar Carrillo, der bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender der Gewerkschaft der Erdölarbeiter in Kolumbien war, daß in seinem Land durchschnittlich an jedem dritten Tag ein Gewerkschafter ermordet wird. Die Killer kann man für 350 Dollar kaufen. Gelder dafür werden aus den USA unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung bereitgestellt.

Der russische Kollege, Waleri Popow, Sprecher des Streikkomitees in der Region Jaroslawl, sprach von den Arbeitern des Motorenwerkes Tuteaw, die seit mehr als neun Monaten keinen Lohn mehr aus-

gezahlt bekommen haben.

Herbert Jauch aus Namibia berichtete über die verheerenden Folgen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds im südlichen Afrika: Elend, Armut, keine Lohnfortzahlung bei Krankheit. Wenn Gewerkschafter aufmucken, stehen paramilitärische Einheiten bereit, um weiter für die Aufrechterhaltung der Ausbeutungsbedingungen zu sorgen. Als notwendige Voraussetzung für eine Entwicklung Afrikas nannte er die bedingungslose Schuldenstreichung.

Auf dem Symposium sprach Kim Moody, ein Mitarbeiter der linken Gewerkschafterzeitung Labor Notes aus den USA. Wie ist es dort um die Rechte der Gewerkschaften bestellt? Gewerkschaftliche Unterdrückung gibt es auch in der kapitalistischen Metropole, die Methoden sind jedoch subtiler. So hatte die Unternehmensleitung von UPS im Vorfeld des großen Streiks vor eineinhalb Jahren die Mitarbeiterstruktur zunehmend von Vollzeit- auf ungesicherte Teilzeitarbeitsplätze umgestellt. Um dieses Ziel auch zu erreichen, hatte UPS eine Arbeitsgruppe so zusammengestellt, daß die Unternehmensleitung hoffen konnte, es entstünde keine Solidarität. Sie versuchten,

Schwarze gegen Weiße und Frauen gegen Männer auszuspielen. Was besonders schwer wog: UPS hat die Zusammenarbeit mit einer relativ schwachen Gewerkschaft forciert, die sich der sogenannten Sozialpartnerschaft verschrieben hatte. Doch die Rechnung ging nicht auf. Die 180 000 Beschäftigten bei UPS setzten sich zur Wehr. Kim Moody, der den sozialpartnerschaftlichen Kurs vieler Gewerkschaften entschieden ablehnt, schilderte, daß die Untemehmensstrategie statt dessen zu einer Solidarisierung führte. Die Beschäftigten kämpften gegen die sozial ungesicherte Teilzeitarbeit. Mit einer ungeheuren Solidaritätswelle in der Bevölkerung ist es den Beschäftigten gelungen, den Konzern in die Knie zu zwingen.

Der Chemiekreis hat sich auch an den Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg beteiligt. Welche Verbindung besteht zum EuroMarsch? Wenn Arbeitslose an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, verschlechtert sich auch die Situation der Arbeitenden. Nicht aus einem karitativen Zweck, sondern aus Selbstinteresse und Solidarität gehören wir alle zusammen.

aus: Junge Welt

Stärkung einer betrieblichen Alters-versorgung durch Steuererleichterung für die Betriebe. HB, Mittwoch, 26.5.99. – Um die

Attraktivität der Betriebsversorgung bei den Unternehmen zu erhöhen, seien vor allem Reformen des steuerrechtlichen Umfeldes erforderlich, so der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf von Wartenberg. Er sprach sich für eine nachgelagerte Besteuerung der Beiträge aus.

Volks- und Raiffeisenbanken wollen 7000 Filialen schließen. HB, 27.5.99. – Der Bundesverband der Deutschen

Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) will seine Organisation bis zum Jahr 2008 straffen. Die 2000 selbständigen Volks- und Raiffeisenbanken sollen durch Fusion auf etwa 800 verschlankt werden, so der BVR-Präsident W. Grüger. Die Volks- und Raiffeisenbanken vor Ort bildeten bewußt einen Gegenpol zu den global agierenden Großkonzernen der Kreditwirtschaft. Die Straffung sei dennoch notwendig, da man sich interne Konkurrenz durch mehrere Hauptstellen auf einem lokalen Markt nicht mehr leisten könne.

Hoffnung auf „Bröckeln der Akzeptanz des hierzulande geltenden Tarifrechts“. HB, Donnerstag, 27.5.99. – Hans-Olaf Henkel, BDI-Präsident,

begrüßt in einem Handelsblatt-Interview den Vorstoß des britischen Premiers Tony Blair, der eine Abschaffung der jährlichen Lohnrunden ins Gespräch brachte. Henkel würde schon einen Schritt in Richtung „förmliche Änderung des Tarifvertragsmonopols in Art. 77 Abs. 3 BetrVG“ begrüßen.

Städte- und Gemeindebund gegen Ladenschlußgesetz. HB, Dienstag, 1.6.99. – B. Röhl, Wirtschaftsdezernent

des Städte- und Gemeindebundes, fordert eine generelle Öffnung der Geschäfte für sonntags, im Extremfall sogar rund um die Uhr Kundenbedienung. Auch der deutsche Städtetag steht dem Ladenschlußgesetz skeptisch gegenüber: Im Moment blicke an vielen Wochenenden keiner mehr durch, bis wann er einkaufen kann, so der Städtetag-Präsident Hajo Hoffmann.

„Das Chaos, das derzeit angerichtet wird, ist der bewußte Versuch, das bestehende Ladenschlußgesetz zum Kippen zu bringen, so H. Wenzel, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes des dt. Einzelhandels (HDE): alle müßten sich an einen Tisch setzen, um das Gesetz zu überprüfen.

satz. Angelika Beier von der gewerkschaftlichen Koordinierungsstelle in Bielefeld sprach sich gegen den EU-Beschäftigungspakt und für Arbeitszeitverkürzung aus, ebenso ein Vertreter des schwedischen Erwerbslosenverbands.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg, wandte sich ebenfalls gegen den geplanten Beschäftigungspakt. „Wir brauchen Arbeit, aber nicht um jeden Preis“, so Möllenberg. „McJobs“ ohne Sozialversicherung und mit Niedriglöhnen lehne die NGG kategorisch ab. Anders als der Gewerkschaftsdachverband DGB lehnte Möllenberg den Krieg auf dem Balkan ab. Er beendete seine Rede mit einer Parole, die in Kreisen deutscher Gewerkschaftsfunktionäre Seltenheitswert hat: „Hoch die internationale Solidarität“.

„Es wird keine gerechte Gesellschaft geben, solange Krieg als Mittel der Politik eingesetzt wird“, erklärte Piero Maestri von der italienischen Antikriegskoalition. Er appellierte an die Zuhörer, sich von „Maastricht und Nato zu verabschieden“ und stattdessen für ein „Europa ohne Nationalismus und Krieg“ einzutreten.

Die Polizei hatte 6.000 Beamte, darunter auch Sondereinsatzkommandos, im Einsatz. Teile der Demonstration, unter anderem der antifaschistische Block, wurden von Bereitschaftspolizisten angegriffen und vorübergehend von der restlichen Demonstration abgetrennt. Als offizielle Begründung führte die Polizei Farbbeutel- und Flaschenwürfe an. Auch seien „Zwilling ausgegeben“ worden. Die Demonstrationsleitung, die zu diesem Zeitpunkt den antifaschistischen Block begleitete, wies diesen Vorwurf entschieden zurück. „Die Veranstalter werten dieses Polizeivorgehen als einen Versuch, das politische Ziel der Demonstration bewußt zu sabotieren“, so eine abschließende Erklärung.

Achtzig Niederländer, die von Amsterdam unter dem Motto „freie Fahrt für freie Bürger“ eine kostenlose Zugfahrt nach Köln begonnen hatten, mußten am späten Vormittag wieder zurückkehren. Sie waren von der Deutschen Polizei am Grenzübergang in Emmerich aufgehalten worden und besetzten anschließend die Bahngleise. Unter Einsatz von Gewalt und mit Hilfe von niederländischen Sicherheitskräften setzte die deutsche Polizei schließlich ihre Heimreise durch. Erwerbslosen aus Paris gelang es, bis Belgien ohne Fahrkarte zu reisen. Sie mußten lediglich die Kosten für die restliche Strecke nach Köln aufbringen.

Das Netzwerk Euro-Marsch sieht die Demonstration „als einen weiteren Meilenstein für den Aufbau einer europäischen sozialen Bewegung“. Die nächste Großmobilisierung wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr des Jahres 2000 stattfinden. Dann wird die französische Regierung den EU-Vorsitz haben.

Gerhard Klas

Gewerkschafter aus den Niederlanden zu Gast in Hannover

Arbeitsdruck steigt, Einkommen sinkt

Das Gewerkschaftsforum Hannover – eine offene Gruppe von kritischen Mitgliedern verschiedener Einzelgewerkschaften und Gruppen des ehemaligen Bündnisses gegen Bildungs- und Sozialabbau – hatte im März zwei Gewerkschafter aus den Niederlanden zu einer Veranstaltung eingeladen, um über das dortige „Poldermodell“ zu berichten. Dieses Modell wird häufig auch als Vorbild für das „Bündnis für Arbeit, Bildung und internationale Wettbewerbsfähigkeit“ in der Bundesrepublik gepriesen. Dabei wird vor allem auf die angeblich auf 4% gesunkene Arbeitslosigkeit in den Niederlanden hingewiesen. „Der Grundgedanke hinter der ganzen niederländischen Politik ist, daß alle Beteiligten einen Vorteil haben müssen“, erklärte der Chef der Wirtschaftsabteilung im niederländischen Sozial- und Arbeitsministerium. Wie das mit den „Vorteilen für alle“ tatsächlich aussieht, berichtete auf der Veranstaltung der Referent Hans Boot, Redakteur der kritischen Zeitschrift „Solidariteit“ in Amsterdam.

Nachdem die Arbeitslosenrate in den Niederlanden von 7,4% 1980 auf 14,2% 1982 gestiegen war, unterschrieben Gewerkschaften und Arbeitgeber unter Aufsicht der Regierung 1982 das Abkommen von Wassenaar. Dieser „Stabilitätspakt“ leitete massive Lohnsenkungen, Sozialabbau und Flexibilisierungen ein:

- Während die Löhne und Gehälter von 1982 bis 1989 nur um 0,7% gestiegen sind, haben sich die Gewinne der Unternehmer in diesem Zeitraum verdreifacht, die Arbeitsproduktivität stieg um 18,7%;
- von 1982 bis 89 sank die Gesamtzahl der Arbeitsstunden von 7,43 Millionen um rund 180.000. Gleichzeitig stieg die



Wim Kok, gerade als niederländischer Ministerpräsident zurückgetreten, unterzeichnete als Gewerkschaftschef den Pakt von Wassenaar.

Zahl der Stellen um 343.000 durch die Ausweitung von Teilzeitstellen: 40% aller Stellen sind inzwischen Teilzeitstellen. Diese Stellen werden vor allem von Frauen wahrgenommen (zu 75 Prozent), von Jugendlichen und EinwanderInnen. Zum Vergleich: in Europa liegt der Anteil der Teilzeitstellen im Durchschnitt bei 18%;

- mehr als 10% aller Stellen werden nur noch befristet vergeben;
- der Anteil der Überstunden liegt bei 12-15%.

Von nur einer Arbeitsstelle zu leben, wird immer schwieriger. Der Arbeitsdruck steigt ständig, da ist es kein Wunder, daß 17% der Berufsbevölkerung in den Niederlanden als arbeitsunfähig eingestuft sind, ein Drittel davon (vor allem junge Leute) mit psychischen Beschwerden. 60% der Beschäftigten klagen über zu hohe Belastungen bei der Arbeit. Der Arbeitsstress ist kein zufälliges Nebenprodukt mehr, sondern strukturelles Kennzeichen der Arbeit. Vor dieser Intensivierung der Arbeit kapitulieren viele ältere Beschäftigte: nur noch ein kleiner Teil der über 55jährigen arbeitet – der größte Teil von ihnen muß mit einem geringen Einkommen auskommen. Rechnet man alle diese vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten zur offiziellen Arbeitslosenzahl hinzu, muß man von einer realen Arbeitslosigkeit von ca. 22% sprechen!

Die soziale Lage der Bevölkerung hat sich drastisch verschlechtert: Die Kaufkraft sank bis 1997 bei den Beamten um 17%, bei den Sozialhilfeempfängern sogar um über 20%. Hinzu kommt ein ständiger Abbau der sozialen Errungenschaften: im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen.

Selbst die sozialdemokratische Regierungspolitikerin Baarveld-Schlaman mußte eingestehen: „Die Menschen mit den niedrigsten Einkommen mußten die meisten Opfer bringen. Die Ärmsten haben nicht profitiert, während das reichste Drittel der Bevölkerung aus der Reform Nutzen ziehen konnte. Langzeitarbeitslosen, älteren Arbeitnehmern, Minderheitengruppen, schlecht ausgebildeten und schlecht qualifizierten Arbeitnehmern hat die Reform keine neuen Perspektiven eröffnet.“

Dies alles wird mitgetragen von den Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl auf einen Organisationsgrad von 27% gesunken ist – und ein hoher Organisationsgrad wird auch gar nicht angestrebt: „Eine viel stärkere Machtstellung, so stark, daß eine Gewerkschaft alle Veränderungen aufhalten könnte, ist nicht gut. Wesentlich ist für das Poldermodell, daß es ein Bewußtsein von Ohnmacht gibt bei jeder der drei Parteien“ (Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgeber), so der Vorsitzende der FNV, der größten niederländischen Gewerkschaft. Statt Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik zu organisieren, setzen die Gewerkschaften einzig und allein auf Co-Management. *mpu*



Tarifrunde Banken: perfider Spaltungsversuch

Nach inzwischen über einem halben Jahr Tarifrunde und nachdem sich über 100.000 Bankangestellte an Streiks und Protestaktionen beteiligt haben, herrscht im Bankengewerbe weiterhin tarifloser Zustand. Ein erster Erfolg ist zwar, daß die Bankarbeitgeber ihre Forderungen nach einer Verschlechterung der Tarifgruppenstruktur zumindest zurückgestellt haben. Zum Hauptstreitpunkt, nämlich der Freigabe des Samstags als Normalarbeitstag – ohne Zuschläge und für die gesamte Branche – hat der Arbeitgeberverband einen perfiden „Kompromißvorschlag“ vorgelegt: So soll die Samstagsarbeit zunächst nur für Neueingestellte Bankbeschäftigte gelten, für die bisher Beschäftigten soll dies auf „freiwilliger Basis“ möglich sein. Dieser Vorschlag soll zunächst spalten und würde auf mittlere Sicht den Samstag völlig zum Normalarbeitstag machen.

Die Tarifkommissionen von hbv und DAG lehnen dieses Unterfangen ab. Was jetzt stattfindet, sind Umfragen in den Betrieben als Vorbereitung zu weiteren Aktionen. Soviel Ausdauer wie in dieser Tarifrunde wurde im Angestelltenbereich bisher selten aufgebracht – und ist weiter notwendig, wenn das ganze nicht doch in einer Niederlage enden soll. *res*

Erste ver.di-Frauentagung

Gegen die schleichende Einführung neuer Niedriglohngruppen für Frauen haben sich die Frauengremien der ver.di-Gewerkschaften auf ihrer ersten gemeinsamen Tagung in Magdeburg ausgesprochen. In einer Pressekonferenz wandten sich die für Frauenpolitik zuständigen Vorstandsmitglieder Ursula Derwein (ÖTV), Margret Mönig-Raane (HBV), Monika Papke (IG Medien), Marita Stein (DPG) und die DAG-Bundesfrauensekretärin Ilona Schulz-Müller gegen die Pläne zur Ausweitung des Niedriglohnssektors, wie sie von Kanzleramtsminister Hombach propagiert werden. „Ein staatlich subventionierter Niedriglohnsektor schafft keine neuen Arbeitsplätze. Vielmehr sind massive Mitnahme- und Veränderungseffekte zu erwarten. Besser bezahlte Jobs werden durch schlechter bezahlte ersetzt“, so die Gewerkschafterin-

nen. Diese Entwicklung würden vor allem Frauenarbeitsplätze im Dienstleistungssektor treffen.

Die Zusammenkunft in Magdeburg war das erste Treffen der ver.di-Frauengremien. Die Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV sind auf dem Weg zu einer neuen Gewerkschaft, die den Namen „ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ tragen soll.

Quelle: Pressestelle des Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV,

verantwortlich: Dr. Christiane Zerfaß, Kanzlerstr.8, 40472 Düsseldorf, Telefon 0211/9040-103/106, Telefax 9040-104, pressestelle@hbv.org

31. Mai – Warnstreik der IGM und DAG gegen Billigtarifverträge

Am 31. Mai, 9.30 Uhr, fand an der Messehalle Erfurt, Haupteingang, anlässlich der Hauptversammlung der JENOPTIK AG eine Protestaktion der IGM und der DAG statt. Gegen den Willen der ArbeiterInnen und Angestellten, die mehrheitlich in der IGM organisiert sind, wurde mit der „Christlichen Gewerkschaft Metall“, die über eine Handvoll Mitglieder verfügt, ein Haustarifvertrag abgeschlossen.

Diese Auseinandersetzung ist keine „Privatsache“ der IGM. Der Versuch der Unternehmer und konservativer Politiker die DGB-Gewerkschaften auszuschalten und durch „gelbe Gewerkschaften“ zu ersetzen hat in den letzten Jahren in allen Branchen zugenommen.

Mit der Diskussion um die „Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft“, die ja auch dazu führen soll, die Konkurrenz zwischen DGB-Gewerkschaften und DAG aufzuheben, hat sich dieser Prozeß verschärft und wird bei Gründung höchstwahrscheinlich noch zunehmen. Wir bitten Euch, Euch mit den KollegInnen zu solidarisieren (Soli-Faxe: 03641 829617) und möglichst die Protestaktion durch Eure Teilnahme zu unterstützen.

Angelo Lucifero, Stellv. Landesleiter Gewerkschaft hbv, LBZ Thüringen, Rudolfstrasse 47/E2 (Erdgeschoß); 99092 Erfurt, 049 361 659980; Fax: 049 361 6599899, Unsere Homepage: <http://www.gewerkschaft-hbv-thr.de>



2,98% erhielt die **PDS in Bremen**. Das ist eine Steigerung von 0,5% und 245 Stimmen mehr als 1995. Lothar Bisky erklärt zum Ergebnis: „Die PDS erzielt erstmals bei einer Landtagswahl im Westen ein besseres Ergebnis als zu den Bundestagswahlen. Sie baut sich langsam als ernsthafte landes- und kommunalpolitische Kompetenz auf.“ Geschäftsführer Bartsch wies darauf hin, daß die PDS erstmals in einem westlichen Bundesland mehr Stimmen erhielt als die FDP.

Die Bremer PDS, die vor den Wahlen die Meßlatte über 5% gehängt hatte, ist mit dem gute Wahlergebnis nicht so recht zufrieden, statt sich über die acht Beiratsitze zu freuen, meinen sie: „Gedrückte Stimmung bei der PDS Bremen. Richtig freuen über die leichten Zugewinne können sich wenige. Mindestens eine drei, wenn nicht sogar vier vor dem Komma, hätte als wirklicher Erfolg gelten können. Landesvorsitzender Herbert Thomsen: „Die selbstherrliche Große Koalition wird also fortgesetzt. Viele Bürgerinnen und Bürger haben leider resigniert und sind nicht wählen gegangen. Der Einzug der faschistischen DVU in die Bürgerschaft ist neben der extrem niedrigen Wahlbeteiligung ein weiteres Ergebnis der desaströsen unsozialen Politik der CDU/SPD. Die Sprachlosigkeit gegenüber den kriegsführenden Parteien der rot/grünen Bundesregierung ist auch an dem schlechten Abschneiden der Grünen zu erkennen, denen weitere vier profillose Jahre bevorstehen.“ Die PDS Bremen will an ihrem Konzept festhalten, durch Zusammenarbeit mit anderen außerparlamentarischen Gruppen gegen Ausgrenzung, Rassismus und Sexismus in dieser Stadt vorzugehen und für eine gerechte Gesellschaft zu streiten. Silke Lieder, stellvertretende Landesvorsitzende, gibt sich kämpferisch. „Wir sind in sieben Beiräten eingezogen, haben innerstädtisch zugelegt und erlangten acht Mandate statt vorher fünf. Mit konstruktiver und kritischer Arbeit in den Stadtteilen werden wir uns kommunal- und sozialpolitisch einmischen.“

„**Wir bedauern: diesmal PDS**“ ist ein Aufruf von grünen Mitgliedern und Funktionärsträgern betitelt: „Am 13. Juni 1999 werden wir bei den Europawahlen unsere Stimmen gegen die Krieg und für eine zivile unimilitärischen Konfliktlösung abgeben ... Die Europawahl darf kein Signal für ein erbarmungsloses „Weiter so“ werden. Der weitere rot/grüne Wahlbetrug muß gestoppt werden. Es darf nicht in Krieg, es muß in den Frieden investiert werden. Die PDS hat noch viel Lernbedarf. Wir würden lieber anders wählen und waren bisher keine PDS-Wähler. Wir müssen es auch nicht bleiben. Aber diesmal ist diese Stimme der einzige Weg, der ein Zeichen

setzt und den Wahlzettel zum Denkmittel macht.“

Kontaktanschrift ist: Peter Rath, Alte Str. 49, 58452 Witten, Tel. 02302/933146.

Sengül Senol, ehemaliges Mitglied der Grünen und Mitglied des Rates der Stadt Köln wurde von der **Kölner PDS am 26. Mai zur Oberbürgermeisterkandidatin** nominiert. Gleichzeitig wird die PDS zur Bezirksvertretung in der Innenstadt und Kalk antreten.

Die OB-Kandidatin wurde am Freitag, den 28. Mai auf der Kundgebung der PDS mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky auf der Domplatte vorgestellt. Die Medien berichten ausführlich. Laut *Kölnische Rundschau* soll die Meldung im Rathaus wie eine Bombe eingeschlagen sein. Die Grünen reagierten angestoßen. Statt über ihre Politik nachzudenken, beschimpften sie Sengül Senol. Inzwischen sind weitere Mitglieder ausgetreten. Brigitte Erdwig, Mitglied der Fraktionsvorstandes der Kölner Grünen, trat aus der Partei aus und legte ihr Ratsmandat nieder. Bernward Boden von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizistinnen und Polizisten hat die Partei verlassen und will Sengül Senol bei ihrer Kandidatur zu den Oberbürgermeisterwahlen unterstützen.

Zum zwölften Mal seit Beginn der Bombardierungen Jugoslawiens durch die Nato veranstaltete am Sonntag, den 6. Juni, der **Verein zum Schutz serbischer Interessen in Stuttgart eine Protestkundgebung**, auf der – wie schon mehrfach zuvor – auch die PDS eine Rede hielt. Vor rund 800 Teilnehmern, hauptsächlich jugoslawischer Herkunft, aber auch eine größere Zahl Griechen, sagte Ulrike Küstler vom Landesvorstand der PDS Baden-Württemberg: „Die deutsche Friedensbewegung muß sich wirklich wünschen, daß die Nato und die Bundesrepublik Deutschland nicht als Sieger aus diesem Konflikt hervorgehen, sondern daß die Nato und insbesondere die Bundesrepublik zurück- und aus diesem Prozeß hinaus gedrängt werden. Das ist erforderlich, um eine weitere Ethnisierung der Konflikte in Jugoslawien, aber auch in anderen Staaten Osteuropas zu unterbinden... Das ist auch erforderlich, um der demokratischen Zukunft Europas und der Bundesrepublik Deutschland willen... Wir unterstützen Euren Kampf gegen den Krieg. Es ist unser Kampf gegen den Krieg. Leider sieht es so aus, als ob die Nato massiv versucht, das vorgeschlagene Abkommen wiederum in ihrem Sinne zu drehen, mit dem Ziel, daraus die Begründung eines Nato-Protektorats im Kosovo zu machen, die Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien zu zerstören und die Politik der Ethnisierung und Zerstückelung auf dem Balkan fortzusetzen...“

Buchkritik:

Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus

1990 erschien in englisch (1991 deutsch) die Untersuchung des englischen Historikers Eric Hobsbawm „Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780“.

Das Buch, ursprünglich als Vorlesungsreihe vorgetragen, vertritt folgende These: Ein ethnisch und/oder sprachlich begründeter Nationalismus, der für jede „Nation“ einen eigenen souveränen Staat anstrebt, ist als allgemeines Programm nicht praktikabel, ist für die politischen und selbst für die ethnischen und sprachlichen Probleme der Welt am Ausgang des 20. Jahrhunderts irrelevant und hat mit hoher Wahrscheinlichkeit schlimme Folgen, wenn tatsächlich der Versuch unternommen wird, ihn in die Praxis umzusetzen. Dies hat sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt und wird sich höchstwahrscheinlich auch in den Nachwehen des „kalten Krieges“ bestätigen.

An seinem Mißfallen über die gegenwärtige und vergangene Rolle des Nationalismus macht der Autor an vielen Stellen des Buches keinen Hehl. Schon im ersten Satz des Buches zitiert er den französischen Historiker Ernest Renan der vor hundert Jahren feststellte, daß „das Vergessen oder Mißverstehen von Geschichte ein wesentliches Element bei der Herausbildung einer Nation,“ ist. Und einige Zeilen weiter ebenfalls ein Zitat von Renan und diesmal noch eindeutiger und drastischer: „Keine Nation ohne Fälschung der eigenen Geschichte.“ Für einen Historiker wie Hobsbawm also genug Anlaß, sich kritisch mit der Nation und dem Nationalismus auseinanderzusetzen.

Im ersten Kapitel stellt Hobsbawm fest, das der Begriff Nation relativ neuen Ursprungs ist und innerhalb der revolutionären Phasen in Frankreich und in den USA nie als ethnisch/sprachliches Konstrukt erscheint, sondern immer in Verbindung mit Volksouveränität und Volksdemokratie. Es ist das Gegenmodell zum klassenmäßig partikulären Feudalsystem. Hobsbawm verfolgt dann in der geschichtlichen Entwicklung die unterschiedliche Ausprägung eines Nationalismus von oben und von unten.

In der Phase von 1870 bis 1914 kommt es nach Hobsbawm zu einer bedeutsamen Wandlung des Nationen- und Nationalismusbegriffs. Er wird antidemokratisch, rassistisch und antiinternationalistisch. Hobsbawm faßt die Gründe dafür folgend zusammen:

„Was immer das Wesen des Nationalismus sein mochte, der in dem halben Jahrhundert vor 1914 aufkam, alle seine Spielarten hatten offenbar eines gemein-

sam: die Ablehnung der neuen proletarischen sozialistischen Bewegungen, nicht nur, weil sie proletarisch waren, sondern auch, weil sie internationalistisch (oder zumindest nichtnationalistisch) gesinnt und aktiv waren. Und es ist auch tatsächlich unter Historikern anerkannt, daß in dieser Periode der Nationalismus der Massen über andere Ideologien triumphtierte, vor allem über den klassenbewußten Sozialismus, wie sich zum einen beim Ausbruch des Weltkriegs zeigte, der die Hohlheit des sozialistischen Internationalismus entlarvte, und zum anderen am überwältigenden Triumph des »Nationalitätsprinzips« in den Friedensverträgen nach 1918.“ Für Hobsbawm ist das von dem amerikanischen Präsidenten Wilson geprägte Losungswort vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen die direkte konterrevolutionäre Antwort auf den Internationalismus der von der sowjetischen Räterepublik in ihren frühen Anfangszeiten vertreten wurde. Bekanntlich setzte sich die Aufteilung der Welt nach ethnisch/sprachlichen Kriterium, also das Wilson-Modell durch, und nicht der Internationalismus. Und hier begann die Katastrophe.

Im abschließenden Kapitel über den Nationalismus im ausgehenden 20. Jahrhundert faßt Hobsbawm die wichtigen Unterschiede zum vorangegangenen Jahrhundert zusammen: Der Nationalismus fungiert nicht mehr als eine Haupttriebkraft der historischen Entwicklung. In der „entwickelten“ Welt des 19. Jahrhunderts war der Aufbau einer Reihe von „Nationen“, in denen sich ein Nationalstaat und eine nationale Wirtschaft miteinander verbanden, schlicht eine zentrale Tatsache des historischen Wandels (und wurde auch so gesehen). In der „abhängigen“ Welt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und aus offensichtlichen Gründen vor allem in den kolonialiserten Regionen waren die Bewegungen für eine nationale Befreiung und Unabhängigkeit die hauptsächlichsten Organe zur politischen Emanzipation des größten Teils unseres Erdballs, d.h. für die Ausschaltung der imperialen Verwaltung und, noch bedeutsamer, der direkten Militärherrschaft durch die imperialen Mächte. Die für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts charakteristischen nationalistischen Bewegungen sind im wesentlichen negativ, genauer gesagt separatistisch. Sie pochen auf „ethnische Zugehörigkeit“ und sprachliche Unterschiede, zum Teil mit Religion verbunden. In mancher Hinsicht kann man in ihnen die Nachfolger oder gelegentlich die Erben der kleinstaatlichen Bewegungen sehen, die sich gegen das Habsburger, das Osmanische und das Zarenreich richteten, d.h. gegen Formen der politischen Organisation, die im Namen eines (möglicherweise mißverstandenen) Modells der politischen Moderne, des Nationalstaats, als historisch überholt angesehen werden.“ Die Bewegungen sind Ausdruck der radikalen sozioökonomischen

Veränderungen der letzten Jahre. Diese Veränderungen kulminieren in der technischen Revolution im Transport- und Kommunikationswesen und durch die ungehinderte Verlagerung der Produktionsfaktoren über einen großen Teil der Erde, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg möglich ist. Dies hat außerdem zur größten Welle internationaler und interkontinentaler Wanderungen seit den Jahrzehnten vor 1914 geführt. Als Resultat haben sich die Konflikte zwischen Gruppen verschärft, vor allem in Gestalt des Rassismus, und eine Welt aus nationalen Territorien im ausschließlichen „Besitz“ von Einheimischen, die Fremde in ihre Schranken verweisen, ist damit für das 21. Jahrhundert zu einer noch unrealistischeren Option geworden als sie dies für das 20. Jahrhundert gewesen ist. „Gegenwärtig erleben wir eine eigenartige Kombination aus der Technik des 20. Jahrhunderts, dem Freihandel des 19. Jahrhunderts und der Wiedergeburt von Zwischenzentren, wie sie für den Weltmarkt im Mittelalter kennzeichnend waren. Stadtstaaten wie Hongkong und Singapur gelangen zu neuer Blüte, exterritoriale „Industriezone“ vermehren sich innerhalb souveräner Nationalstaaten wie hansische Stalhöfe, und dasselbe gilt für die Steuerparadiese auf ansonsten wertlosen Inseln, deren einzige Funktion genau darin besteht, wirtschaftliche Transaktionen der Kontrolle von Nationalstaaten zu entziehen. Die Ideologie der Nationen und des Nationalismus ist für jede dieser Entwicklungen ohne Relevanz.“

hav

Buchempfehlung:

„Lizenz zum Plündern“

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können. Herausgegeben von Maria Mies und Claudia von Werlhof. Rotbuch Zeitgeschehen

Schlagzeilen und Meldungen folgender Art gehören in der Republik heute schon zur Tagesordnung: „...Verkauf der Berliner Trinkwasserversorgung an ein privates Unternehmen steht an: entweder Gelsenwasser oder Suez Lyonnais des Eaux, ein französischer Konzern mit der deutschen Tochter Eurawasser erhalten den Zuschlag...“¹ „Müllgebührenerhöhung um 37 % in der Südwestpfalz wegen vermehrter Kosten durch den Betrieb einer Müllverbrennungsanlage in Pirmasens als Folge aus dem Beitritt zum Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) ... ein Vertrag, aus dem der Kreis keine Möglichkeit des Ausstiegs hat ...“²

Es wird immer weniger, worüber z.B. Kommunen direkt, mit Rechtshoheit und selbständig beschließen können, weil ihnen einerseits jede Verfügung über bisher

in kommunaler Verwaltung stehender Versorgungsbetriebe genommen wird, andererseits übergeordnete Gesetze eine Selbstverwaltung über konkrete Lebensbedingungen ad absurdum führen. Zu dieser Entwicklung paßt ein bislang aus der öffentlichen Diskussion bewußt herausgehaltener globaler Beschlußfassungsprozeß, der dem Ziel dient: Weg mit allen Hindernissen in aller Welt für alles, was sich Investor nennen darf – nicht nur auf kommunaler, sondern auf nationaler und internationaler Ebene! Beseitigung aller Hemmnisse jeder Art! Am Ende soll so etwas wie das MAI stehen, über welches die beiden Autorinnen in dem Buch „Lizenz zum Plündern“ einen informativen Beitrag zur Aufklärung und zur Status-quo-Bestimmung des Widerstands (siehe auch *Politische Berichte* Nr. 4 und 9/98) leisten. Das Buch kam im Oktober 1998 auf den Markt – im Dezember 1998 hat Frankreichs Premier Jospin seine Delegation aus den Geheimverhandlungen im Rahmen der OECD mit folgender Begründung zurückgezogen: Der Vertrag müsse völlig neu verhandelt werden, er sei nicht reformierbar; einer von ihm in Auftrag gegebener Studie zur Folge enthielte das MAI eine Reihe von Festlegungen, die die staatliche Souveränität und Demokratie aushebelten.³ Eine entsprechende Studie in Deutschland ist nicht angestrengt worden.

Trotz dieses offiziellen Aus für das MAI ist das MAI nicht tot, sondern wird – so die feste Überzeugung der Autorinnen – als Klon in den neuen Verhandlungen, die dieses Mal in der WTO angesiedelt sind, wiederauferstehen⁴. Im Nachwort des demnächst in der dritten Auflage erscheinenden Buches macht Maria Mies klar, daß die Interessen, die hinter dem MAI standen, immer noch da seien und in die nächste Runde drängten. „Dabei werden nach Auskunft der neuen Bundesregierung auch diese Verhandlungen nicht der Öffentlichkeit bekannt gemacht.“⁵ Ende November 1999 soll in Seattle eine sogenannte „Millennium-Round“ die Sache zum Abschluß bringen. Um auch diese Runde zu Fall zu bringen, wurde von den Gegner in Genf am 21. März eine Erklärung erarbeitet, die mittlerweile von 400 Organisationen unterzeichnet wurde. Beim Gegengipfel in Köln in der kommenden Woche wird diese Sache ebenfalls Thema sein.

Zur Erinnerung und zum Buch: Beginnend 1995 wurde in Paris unter Ausschluß der Öffentlichkeit bei der OECD über ein Abkommen verhandelt, das irrtümlicherweise oft als Wirtschafts- und nicht als politisches Abkommen mit Gesetzeskraft eingestuft wurde. Diesen Irrtum klären die beiden Autorinnen in „Lizenz zum Plündern“ gründlich auf. Das erste Kapitel bringt einen Abriss über die Geschichte des internationalen Widerstandes gegen das MAI: erst ab Oktober 1997 entstanden in Österreich die ersten Anti-MAI-Gruppen, nachdem der ÖGB Tirol einer erste inoffizielle Übersetzu-

ung des MAI-Vertragsentwurfes veröffentlicht hatte (der Originaltext existiert in englisch und französisch, eine offizielle Übersetzung ins Deutsche sei zu teuer.)⁶ Die sorgfältige Recherche der Feinheiten des Widerstandes ist eine starke Seite des Buches.

Bei der Erläuterung der Begriffe und einer zusammenfassenden Übersicht über den Vertragsgegenstand machen die Autorinnen keinen Hehl daraus, daß sie an einem großen Widerstand gegen das MAI interessiert sind. Sie arbeiten sich gedanklich in eine Zeit des gültigen MAI durch und stützen sich dabei auf Erfahrungen aus anderen ähnlich wirkender Abkommen (z.B. NAFTA). Das bekannteste aktuelle Beispiel der Wirkung solcher MAIs ist die Klage des US-Konzerns Ethyl Corporation, gegen die kanadische Regierung: diese hatte einer Tochtergesellschaft von Ethyl Corporation auf kanadischem Boden die Einfuhr des hochgiftigen Treibstoffzusatzes MMT verboten. „Indirekte Enteignung“ zukünftiger Gewinne sei dies. Die Klage wurde im Anfang dieses Jahres zugunsten des Konzerns entschieden: die kanadische Regierung hob ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Umweltgiften auf, der Handel mit (giftigen) Treibstoffzusätzen in Kanada wurde genehmigt und die Prozesskosten übernommen.⁷

Die Folgen des MAI in Bezug auf demokratische Rechte, ökologische Standards, Nord-Süd-Konflikt, soziale Standards, Schutzbestimmungen uvm. werden von verschiedenen Autoren und Autorinnen beleuchtet. Die Herausgeberinnen legen spürbar Wert darauf, der Lage und den Möglichkeiten von Frauen in dieser Entwicklung besondere Bedeutung

zuzumessen. Mit dem Begriff „Hausfrausierung der Arbeit“ wecken sie das Interesse (sicherlich auch Widerspruch), über die Geschichte der politischen Ökonomie und die Position der Frauen darin nachzudenken und die Ergebnisse einer solchen Analyse bei der Planung des Widerstandes einzubeziehen.

In einer anderen Hinsicht provozieren die Autorinnen: Sie bringen Begriffe wie „Nationalismus“, „staatliche Souveränität“, „kommunale Hoheit“ als Widerstandselemente gegen eine globale politische Herrschaft der Konzerne, und sie wissen darum, daß auch aus der faschistischen Ecke so argumentiert wird. Eine heikle Frage, vor allem auch auf dem Hintergrund, daß viele Kritiker jetzt mit einem Mal die Rolle der USA hauptsächlich kritisieren, nachdem diese mit im Boot ist aufgrund der Verlagerung der Verhandlungen für eine Art MAI aus der OECD in die WTO. Es werden Befürchtungen geäußert, daß die europäischen Konzerne zu kurz kommen könnten! Dieses Problem gehen die beiden Autorinnen in der „Lizenz zum Plündern“ m.E. zu schnodderig und undifferenziert an – eine ärgerliche, vielleicht sogar sträfliche Lücke des ansonsten sehr empfehlenswerten Buches. Die Wirklichkeit hat in der Zwischenzeit diesen Mangel quasi überholt. Maria Mies schreibt in ihrem Nachwort zur dritten Auflage: „...der NATO-Krieg in Jugoslawien zeigt, daß es einen inneren Zusammenhang gibt zwischen der ‚Lizenz zum Plündern‘ und einer ‚Lizenz zum Töten‘. Dieser Krieg ist ein Beispiel dafür, wie die neoliberale Globalisierung von Handel und Investitionen zu einer neuen militärischen Globalisierung und zu neuen Kriegen führt

– und zwar auch in Europa. Die Wirtschaftsinteressen, die durch das MAI weltweit geltendes Recht zu ihrem Vorteil schaffen wollten, werden nun durch die neue NATO-Strategie auch unmittelbar direkt mit Gewalt durchgesetzt, und zwar noch am geltenden Recht vorbei.“⁵

Im abschließende Kapitel über die „Perspektiven“ bemühen sich die Autorinnen, möglichst umfassend um sachliche Darstellung der verschiedenen Widerstandslinien und sie machen auch keinen Hehl daraus, daß sie für die „Alternative von unten“ sind. Lokaler, aus dem Interesse am Leben entstandener Widerstand; „lokale Bewegungen“, die „vor allem wieder die Kontrolle über ihre ganz konkreten Lebensbedingungen haben“ wollen: „Land, Wasser, Wälder, ihre Kultur, ihr Wissen und ihre Arbeit. Sie wollen weder als Bittsteller zur UNO noch zu ihren Regierungen – und schon gar nicht zu den Multis gehen“ (S. 187). Kontrolle wie z.B. über das Trinkwasser, das in der Hand von Konzernen zu wissen, einer Horrorvision gleichkommt. (evd)

(1)Quelle: gwf Wasser,Abwasser, verschiedene Ausgaben 1998

(2) aus: „Handbuch B'90/Die Grünen“ Stadtverband Wörth, Juni 99

(3) aus: „Der Rabe Ralf – Umweltabhängiges Monatsblatt“ Dez.98/Jan.99

(4) Christian de Prie in „Le Monde Diplomatique“ vom 6.5.99

(5) zitiert aus dem Vorabdruck des Nachworts zur dritten Auflage

(6) Eine Übersetzung des vollständigen Vertragstextes findet sich bei dtv unter dem Titel: „Das MAI und die Herrschaft der Konzerne“, hrsg. von F.R.Glunk

(7) zitiert nach einer Sendung von „Deutschlandradio“, Sendung Hintergrund Politik am 11.1.99

Aus den Archiven der Geschichte des Widerstands – Aspekte des 20. Jahrhunderts in Neuerscheinungen

Das zwanzigste Jahrhundert war, soviel läßt sich an seinem Ende sagen, nach Eric Hobsbawms Wort, das Zeitalter der Extreme. Das Zentrum ist der Nationalsozialismus, die Gewalt des Krieges und der systematische Massenmord an den europäischen Juden; der Terror Nazi-deutschlands, der mit Auschwitz bezeichnet ist, bleibt ohne Beispiel und unvergleichbar, obwohl in diesem Jahrhundert die Grausamkeit mit sich selbst zu konkurrieren scheint: Weltkriege, Imperialismus und Kolonialismus, Apartheid und Rassismus sind die Etiketten für die Vielfalt des Elends, welches von Kinderarbeit bis Folter, von Hunger bis psychischer Unterdrückung hinreicht. Nachdem nun fast jede realexistierende Gegenmacht zum Kapitalismus ausgeschaltet ist, zeigt sich inmitten der vielen Gesichter von Herrschaft ein lächelndes Antlitz, welches freundlich-verlogen zu den Menschen kommt: es amüsiert sich über jeden Versuch, zwischen dem Elend in Asien, Afrika oder Südamerika eine

Verbindung zum Wohlstand der reichen Länder herzustellen; es nennt jede Utopie, dieses System zu ändern, gar Arbeit und Geld abzuschaffen, weltfremd – dagegen spricht dieses Gesicht vom Pragmatismus der schönen Dinge ebenso wie von der Käuflichkeit des Glücks. Dieses Gesicht trägt viele Namen, heißt einmal Sicherheit oder Freiheit, wird auch Menschlichkeit genannt, und ist wie selbstverständlich bis an die Zähne bewaffnet; es führt Kriege im Namen des Friedens und bricht Menschenrecht in dessen Namen. Früher wurde es Ideologie genannt; und denen, die dieses Lächeln nicht aushalten, stellten es sich vor als Ohnmacht oder Angst. Dieses Gesicht ist zugleich die Maske des verdinglichten Geschichtsbewußtseins.

Zwar ist die Geschichte menschengemacht, aber sie erscheint den Menschen als übergeordnete Macht. Mehr noch scheint heute der historische Prozeß sich ganz von den Menschen gelöst zu haben: Menschen haben nur noch Biografien,

Einzelschicksale; die lebendige Geschichte ist der Welt der Waren, den toten Gegenständen überantwortet: Jetzt hat jede Automarke, jedes Küchengerät eine Geschichte. Die Konstruktion eines Kontinuums der geschichtlichen Zeit – die Geschichte der Unterdrückung – ist vollends zur äußeren Gewalt geworden, ästhetischen verschönt und hübsch drapiert (man denke an die Fernsehberichte, sei's über 50 Jahre Deutschland sei's über den Vietnamkrieg, in denen Geschichte zur chronologischen Abfolge von Einzeldaten verdinglicht wird). Dieser neue Historismus, der wie der alte seine sozialdemokratische Prägung hat, entmenscht bis zum Zynismus alle Erfahrung: Der Natoangriffskrieg gegen Jugoslawien wird sogar noch mit dem Buchenwaldschwur „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ gerechtfertigt; zu derartigem „Wahrlügen“ (Hannah Arendt) der Geschichte gehört eine Disposition des Bewußtseins, das auf solche Irrationalität sachlich geschult ist. Diese

offenen Sprachverdrehungen sind über Jahrzehnte in der Reklame vorbereitet worden; sie entspringen derselben Logik, die aus Waschmitteln Revolutionen, aus Möbelsystemen Philosophien sowie aus Kleidungs- und Zigarettenmarken Lebensentwürfe macht. Kurzum: die Rechtfertigung von Bombardements zur Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ (was für sich schon semantischer Unfug ist) muß zusammengedacht werden mit Slogans wie „Ihr Deo bekommt jetzt Konkurrenz“ oder „Na, ihr Tütensuppen, da seid ihr platt!“.

Die Beute Neue Folge Nr. 3 (1999). Politikbegriffe in der Popkultur, ID-Archiv: Berlin, 272 S., 28.00 DM

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Zum Krieg auf den Balkan, Edition Nautilus: Hamburg 1999 (Heft 191/194), 72 S., 8.00 DM

Dieses in eine Konstellation zu bringen, dem fragmentierten Bewußtsein, wonach das eine nichts mit dem anderen zu tun haben soll, wieder in die reale Einheit der Widersprüche zu bringen, mithin: die konkrete Totalität darzustellen, ist Forderung an eine kritische Theorie. Sie operiert in der prekären Gewißheit, daß diese Totalität nicht unmittelbar zu haben ist. Es sind Methoden der Kunst, die hier helfend beistehen, vor allem die am Surrealismus geschulte Montage. Die Künstler Schorsch Kamerun, hauptsächlich bekannt als Musiker der Goldenen Zitronen, und Daniel Richter haben zur neuesten Ausgabe der „Beute“ Collagen beigesteuert, die durchaus verstehbar sind als solches Montieren der realwidersprüchlichen Einheit. Andreas Fanizadeh greift gewissermaßen diesen Ansatz auf und fragt nach den Möglichkeiten linker Politik, nach dem Zusammenhang von linkem Radikalismus, Krieg und Sozialdemokratie. Hier wird der Bogen gespannt vom Natokrieg über Lafontaines Rücktritt bis zur Entführung Öcalans; zu Recht kritisiert Fanizadeh den sektiererischen Antinationalismus, der in der PKK das völkische und antisemitische Kollektiv wittert, und damit freilich nicht antinational ist, sondern eindimensional und von einer Chimäre des Volksbegriff besessen, der wahrscheinlich nur in den isolierten Diskursen der antinationalen Zirkel Bestand hat. „Die Frage ist, ob die PKK im Verhältnis zu ihren Verfolgern emanzipatorischer ist, oder nicht. Da diese Frage eindeutig zu beantworten ist, kann man auch zugunsten ihres Kampfes Partei ergreifen.“ Gegen einen Politikbegriff, der sich offenbar darauf reduziert, der jeweils anderen Restlinken wahnhaft Nationalismus und mitunter auch einmal Auswitzleung vorzuwerfen, der von den Gewerkschaften sich verabschiedet hat, weil dort nur Rassisten organisiert seien, setzt Fanizadeh die Dringlichkeit einer kooperativen und solidarischen Perspektive, die praktisch einzulösen versucht, was etwa Wolfgang



Fotocollage von Daniel Richter, aus der „Beute“ Nr. 3 (1999)

Fritz Haug den „pluralen Marxismus“ nennt. Ironischerweise ist nun gerade die „Beute“ ein Projekt, das gelegentlich selbst durch bornierte Bescheidwisserei hervortritt, jenseits von Politik und politischer Kultur.

Die Zeitschrift „Aktion“, die die politische Erbschaft des Surrealismus beanspruchen darf, erklärte schon vor Jahren die Praxis der Montage zum geeigneten Mittel des Widerstands und politischer Übersetzungen. In ihrer neusten Ausgabe geht es um den Natokrieg; insbesondere das „Kriegstagebuch“ des Herausgebers Lutz Schulenburg kann nicht nur als luzider Kommentar gegen den Krieg gelesen werden, sondern belegt auch die Analysefähigkeit textlicher Montage, die hier aus Nachrichten und Kommentar vorgenommen wird.

Pierre Vilar, Der spanische Bürgerkrieg, Wagenbach Verlag: Berlin 1999, 144 S., 19.80 DM

Ron Jacobs, Woher der Wind. Eine Geschichte des Weather Underground, a. d. Engl. v. Hans Kithel, ID-Archiv: Berlin 1999, 192 S., 29.80 DM

Politische Perspektive nach vorn, heißt Erinnerung der unabgeholten Vergangenheit: es gibt, nach Walter Benjamins Wort, ein Diskontinuum der Unterdrückten, welches sich in den Revolutionen und Erhebungen ausdrückt. Solche rebellischen Momente kennen kein Kontinuum; vielmehr ist es die Aufgabe der Theorie und Praxis, die zerstreute Vergangenheit des Widerstands zu aktualisieren und ihre Chronik zu schreiben. Dazu gehört die nüchterne Darstellung, die Sachlichkeit des Erzählens, umhüllt vom romantischen Glanz der Poesie. Pierre Vilars handliches Taschenbuch zum spanischen Bürgerkrieg und Ron Jacobs Geschichte der US-amerikanischen Weathermen

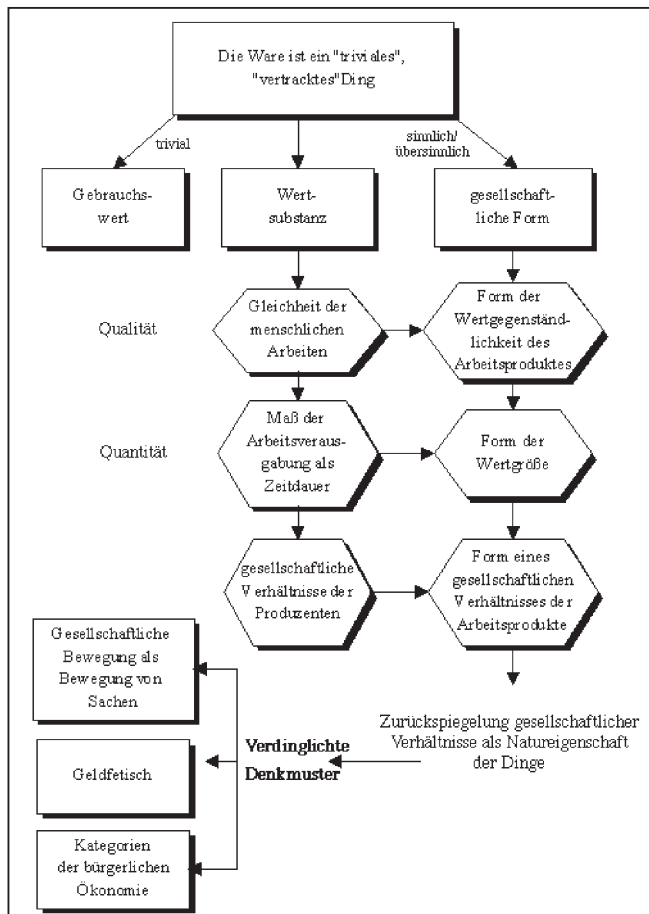
zeigen beide auf den Umschlägen Fotos von Paaren, Mann und Frau, die Verliebte sein könnten, mindestens aber Genossen. – Bringt Vilars Buch weitere Aspekte über die spanische Revolution, ihre Vorgeschichte und nachgeschichtliche Bedeutung für Europa in die Diskussion, so beleuchtet Jacobs ein fast unbekanntes Kapitel der Protestgeschichte; zahlreiche Abbildungen, eine ausführliche Chronik, Kurzbiografien sowie drei Dokumente, also Texte des Weather Underground, machen aus diesem höchst brisanten und interessanten Buch ein praktisches Werkzeug.

Elmar Altvater, Rolf Hecker, Michael Heinrich, Petra Schaper-Rinkel: Kapital.doc, Westfälisches Dampfboot: Münster 1999, 242 S. m. CD-ROM, 48 DM

Ein ebenfalls praktisches Werkzeug, aber auf ganz anderem Gebiet, ist das Buch „Kapital.doc“. Hier wird ein doppeltes Experiment gewagt: nicht nur ist es der Versuch, den Inhalt des ersten Bandes des Marxschen „Kapitals“ in Schaubildern darzustellen; das ganze wird neben einer Buchversion zugleich auf CD-ROM präsentiert, lesbar mit einem Netzbrowser. Dazu gibt es Textauszüge zentraler Passagen von Marx und Engels – eine hilfreiche Unterstützung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Die Schaubilder bieten durchaus eine gelungene Übersicht zu den Kernthesen des Marxschen Hauptwerkes; die Lektüre ersetzen sie natürlich nicht und auch der Interpretation von Elmar Altvater ist nicht immer zu folgen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Daten auf der CD-ROM sehr lange Zugriffszeiten benötigen – und die Grafiken zudem nicht sonderlich ansprechend gestaltet sind (einmal davon abgesehen, daß sie ohne großen Bildschirm oftmals gar nicht insgesamt lesbar sind). Nun gehören Schaubilder sowieso schon in den heiklen Bereich positivistischer Methodik, aber vielleicht gibt dieser ernst zu nehmende Versuch Ansporn weiterer, verbesserter Nutzung neuer technischer Medien zur theoretischen Schulung.

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, No. 15, Germinal Verlag: Bochum 1998, 692 S., 36.00 DM

Was etwa im Sinne eines Archivs auf CD-ROM möglich wäre (auf der Kapital.doc-CD sind gerade mal rund 20 MB belegt), läßt sich nur in Buchmetern darstellen. Es gibt allerdings noch gute Gründe, gerade im Sinne materialistischer Archivarbeit beim Buch zu bleiben. Das mindestens bezeugt das „Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit“: es ist ein derart umfangreiches und sorgfältig erstelltes Magazin, das in jeden Bücherschrank kritischer Theorie gehört. Allein 189 Seiten Rezensionen und Hinweise besprechen nahezu jede Neuerscheinung, die im weiten Feld politischer Theorie und Praxis erschienen ist. Die Rezensionen verstehen sich auf kontroverse, aber niemals denunziatori-



Der Fetischcharakter als Schaubild

sche Kritik; Polemik bleibt den Hinweisen vorbehalten. Die Sammlung der Artikel dokumentiert die oben schon angesprochene Diskontinuität der Unterdrückungsgeschichte. Dazu gehört die Veröffentlichung von historischen Quellen, etwa ausgewählte Texte von Fritz Gross von 1918 bis 1946, oder ein Text Wilhelm Weitlings von 1841. Bekannte Autoren (wie Cornelius Castoriadis, Elfriede Müller, Helmut Dahmer) sind ebenso zu lesen, wie weniger bekannte. Philosophische Analyse steht zusammen mit der autobiografischen Bericht. Kritik der politischen Ökonomie gesellt sich neben die Geschichte des Anarchismus. Man sollte das „Archiv“ so benutzen, wie der Name es nahelegt: noch muß das Inhaltsverzeichnis sorgfältig studiert werden, solange ein Stichwortverzeichnis fehlt. Aber gerade der stöbernde und zufällige Fund erweist sich als besonders kostbar. Schnell hat man sich festgelesen, oder blättert weiter, einer Spur folgend, die doch Ordnung in dieses Archiv zu bringen verspricht.

Mark Terkessidis, *Psychologie des Rassismus*, Westdeutscher Verlag: Opladen u. Wiesbaden 1998, 280 S., 54 DM

Die Konstruktion von Geschichte als Kontinuum der Unterdrückung und Diskontinuum der Unterdrückten ist, wie gesagt, von Walter Benjamin geliehen: sie ist der materialistische Versuch, die Dialektik des geschichtlichen Prozesses darzustellen: das „Archiv“ zeigt als Titel die

Grabtafel Benjamins, der 1940 an der spanischen Grenze auf der Flucht vor den Nazis Selbstmord beging. Auf dieser Tafel ist aus der siebten These über den Begriff der Geschichte zu lesen: „Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.“ Zur europäischen Kultur gehört zum Beispiel der Rassismus, den Mark Terkessidis in seiner Studie über die „Psychologie des Rassismus“ nun diskursanalytisch darstellt. Eine individualpsychologische Erklärung des Rassismus durch „verirrte einzelne“ oder „kranke Psychen“, so Terkessidis These, verkürzt die Problematik nicht nur, sie blendet die soziale Grundstruktur aus: Rassismus fungiert als „rassistisches Wissen“. Insofern behandelt Terkessidis den gesellschaftlichen Diskurs des Rassismus in der Moderne. Es geht dabei um die Erzeugung des rassistischen Wissens, welches vor allem im Zugriff auf die poststrukturelle Diskursanalyse Michel Foucaults erläutert wird, wobei eine spezifische Dualität von Eigenem und Anderem bzw. Fremden zur Basisfigur wird. Die „abendländische Vernunft“ geriert sich als eine „Geschichte der Konstitution des Eigenen im Spiegel (und auf Kosten) wechselnder Anderer“, heißt es. Die geschichtliche Linie, der Terkessidis dabei folgt, ist eine Genealogie, die mit der Erfindung der Moderne im Jahr 1492 (Columbus' Fahrt nach Amerika) ansetzt und bei der Entdeckung der „Kontrollgesellschaft“ (Gilles Deleuze) im Jahre 1990 endet. – Terkessidis Ansatz bleibt streitbar; fraglich zum Beispiel, ob er nicht letztendlich das Problem diskursanalytisch verengt und mit dem „rassistischen Wissen“ zwar einen sozialen Raum bezeichnet, den er aber nicht darzustellen vermag: obwohl Terkessidis sich auch der marxistischen Tradition verpflichtet weiß, bleibt die Kritik der politischen Ökonomie ausgespart. Moïse Postones warenfetischistische Rassismuserklärung lapidar als „Reduktionismus“ abzutun gehört sicher zu den Schwachstellen dieser ansonsten äußerst materialreichen und eloquenten Studie. Der Autor ist übrigens auch in der „Beute“ mit einem Beitrag vertreten und in Sachen subversiver Kulturtheorie kein Unbekannter. rob

Ehemaliger Dolmetscher erinnert sich

Hinter Kulissen, Komploten und Karrieren

Vielleicht hätte das Foto auf dem Rücktitel von „Begegnungen“ besser dem jetzt sehr nüchternen Titel des Buches entsprochen. Andererseits lag es sicher nicht im Interesse des Autors, dem Abgelichteten zuviel Reputanz zu gewähren. Wie auch immer: Werner Eberlein ist mit Gerhard Schröder, dem heutigen Bundeskanzler abgebildet, als sich beide am 3. Juni 1987 in Hannover trafen. Der eine damals Bezirkssekretär der SED in Magdeburg, der andere Fraktionsvorsitzender und Landesfürst der SPD in Niedersachsen. Über dieses und andere Treffen in Magdeburg schreibt der Autor des kleinen Spotless-Bandes Nr. 102, daß trotz seiner persönlichen Sympathie für Gerhard Schröder die „unterschiedlichen Positionen“ nicht zu „überbrücken“ waren (S.126).

Eberlein begann seine Karriere in der DDR u.a. als Russischdolmetscher für die Partei- und Staatsführer. So kam es, daß er bei bilateralen und multilateralen Treffen, Parteitagen und Staatsbesuchen der ausländischen Prominenz begegnete: so u.a. Chruschtschow, Breschnew, Gorbatschow, Andropow, Ceausescu, Hoxha, Shiwkow, Kadar und Husak. In 32 äußerst kurzen Kapiteln erinnert er sich an Gespräche, Diskussionen und Eigenheiten der Generalsekretäre und Präsidenten (und ihrer Frauen) in Berlin, Moskau, Warschau, Prag, Sofia und anderswo. So ist zu erfahren, daß J.W. Stalin 1953 den teuflischen Plan des KGB zurückwies, den jugoslawischen Präsidenten Josip Broz-Tito wegen seiner „Absage an Stalins Vorherrschaft“ zu ermorden (S. 95ff). Gründlich analysiert Eberlein das sich ständig verändernde persönliche und politische Verhältnis zwischen Walter Ulbricht und Erich Honecker sowie deren Beziehungen zu den KPdSU-Generalsekretären. Über Michail Gorbatschow schreibt er, daß dieser die DDR an den Westen verkauft habe, um die Wirtschaft seines eigenen Landes zu retten (S. 122). Vielfach belegt er seine Erinnerungen mit Zitaten aus Memoiren bekannter ausländischer Persönlichkeiten und anerkannter Publizisten.

Werner Eberlein bekennt sich offen und ehrlich zu seiner politischen Verantwortung in der der DDR. Seine Einschätzung der gedolmetschten und kritisch beobachteten Persönlichkeiten sind immer sehr sachlich, ausgewogen und voller Achtung und Respekt. Was seine Aufzeichnungen so lesenswert macht, ist, daß er nie der Versuchung erlag, dem bürgerlichen Zeitgeist der Verleumdung, der Verteufelung und des Hasses zu frönen.

(Franz-Karl Hitze)

Werner Eberlein, *Begegnungen*, Spotless-Verlag, Berlin, 1999, 128 Seiten, 9,90 DM

Diskussionen in Serbien, während Nato-Bomben fallen

Vom 25.–28. Mai 1999 reiste eine Gruppe von 10 GewerkschafterInnen aus der IG Metall, der IG Medien, der GEW und dem Chemiekreis auf eigene Kosten nach Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und Aleksinac, um sich selber vor Ort ein Bild der Situation, dem Leben der Bevölkerung, vor allem der GewerkschaftskollegInnen, und den Schäden und Opfern zu machen und im Sinne der „citizen diplomacy“ politisch zu beraten, wie es weitergehen kann.

„Dialog von unten statt Bomben von oben“, so der Aufruf von fast 400 KollegInnen, der den Anstoß gab, war das Motto unserer Reise. Wir trafen an allen genannten Orten Arbeiter und Angestellte, Journalisten und betrieblich, örtlich oder überörtlich verantwortliche Gewerkschafter, auch der verschiedenen unabhängigen Gewerkschaften, Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte, Vertreter von Menschenrechts- und Friedensgruppen, den Grünen und immer wieder Einwohnern der genannten Orte, auch wenn wir spontan durch Städte und Fabrikgelände gingen oder uns plötzlich zu einem Besuch beim Roten Kreuz oder einem Luftschutzkeller-Kindertheater entschieden. Wir saßen mit unseren serbischen KollegInnen bei Kerzen, wenn gerade ein Kraftwerk getroffen worden war, verabschiedeten hastig den ehemaligen Bildungsminister, weil er zu seinem Enkel heim eilte, der bei Luftalarm allein zu Hause geblieben war, schliefen nachts nicht, weil wir beim Heulen der Nato-Jets und dem Krachen der Missiles Angst hatten, zuckten mitten im Gespräch zusammen, wenn wieder eine Rakete in der Nähe einschlug, verließen bei Luftalarm mit den Arbeitern der Zastava-Autofabrik eilig das Werk, sahen die hell erleuchtete AWACS am Himmel, konnten Fabrikgelände nicht betreten, weil es voller Kassettensplitterbomben-Blindgänger steckte und tappten mit Taschenlampen durchs völlig dunkle Hotel. Sirenengeheul erhielt für uns eine neue Bedeutung: Jisella und Mirella nennen es die Kinder in Kragujevac (Jisell = Anfang vom Wahnsinn = Luftalarm, Mir = Frieden = Entwarnung). Für mich persönlich ergeben sich folgende Schlüsse:

1. Wir sind Zeuge eines hochmodernen Krieges, der so unsauber und mörderisch ist wie alle Kriege: Terror gegen die Zivilbevölkerung. Diejenigen, die die Zielisten erstellen und absegnen, also z. B. General Naumann und Verteidigungsminister Scharping, begehen Kriegsverbrechen. Sie quälen die Zivilbevölkerung, nur weil sie in Serbien lebt, setzen gegen sie verbotene Waffen ein und verursachen eine Ökokatastrophe. Sie können punktgenau treffen – das habe ich mit eigenen

Augen hundertfach gesehen –, also sind diese Zerstörungen gewollt.

2. Die neue Sprache dieses Krieges verarmt, verschleiert Menschenleid und Tod und suggeriert technologische Lösungen. Am deutlichsten wird das bei der Benennung eines bombardierten Marktplatzes, eines viermal bombardierten Krankenhauses als „Kollateralschaden“. Das sind in Wahrheit Todkranke im bombardierten Krankenhaus, Dialysepatienten, deren Gerät Stromausfall hat, einkaufende Menschen auf dem Marktplatz in Nis, auf die Splitterbomben fallen, Lehrer und Schüler in der zerbombten Schule. Fehlschüsse mag es geben, aber wenn viermal nacheinander dasselbe Krankenhaus und dreimal dieselbe Schule getroffen wird, glaubt keiner mehr daran.

3. Die Bevölkerung soll müde gemacht werden und sich gegen die Regierung erheben. Darum die Zerstörung der Zigarettenfabriken, der Wasserwerke, der Arbeiterwohnviertel, der Schulen und Hochschulen, der E-Werke. Das Gegenteil aber ist eingetreten: Selbst die unserer Bundesregierung am nächsten stehenden sozialdemokratisch und grün Orientierten, die serbische Opposition also, sagen uns, daß sie sich vorkämen wie in einem Sandwich: Die Nato am Himmel und Milosevic auf Erden. Es gibt keine Opposition mehr in Serbien, die übrigens breit gefächert ist und rund 200 Organisationen und Gruppen umfaßt. Novi Sad, Nis, Belgrad werden von Oppositionsgruppen regiert – und dennoch bombardiert.

4. Das Embargo, das Nato-Bombardement und das Kriegsrecht begünstigen und verfestigen die „sanfte Diktatur“ (wie das System bezeichnet wurde), Wucher und illegale Geschäfte. Außer Tabak und Zigaretten, Batterien, Kerzen und Wasserbehältern ist alles zu kaufen, aber die Preise laufen den Löhnen und Gehältern davon, zumal wegen der zerstörten Werke zigtausende arbeitslos sind. Die Reichen können sich auch im Krieg alles leisten, aber eine durch die Bombardierung der Zastava-Autowerke arbeitslos gewordene Familie muß mit 20 DM Arbeitslosengeld pro Familie vom Staat und 25 DM Betriebsrente pro Person auskommen. Und gerade wurden die Januar-Renten und die Februar-Lehrergehälter ausbezahlt.

5. Die Menschen, die wir – wo auch immer – sprachen, sagten uns immer wieder: Vergeßt uns nicht! Vertraut uns doch, daß wir selber Wege zur Lösung unserer Probleme gehen können! Verbreitet die Wahrheit darüber, wie wir leben und daß wir auch Opfer sind! Und vergeßt uns nicht! Am meisten leiden sie darunter,

isoliert zu sein, wie Aussätzige behandelt zu werden, nur, weil sie in Serbien leben. Wir waren seit sieben oder acht Jahren die erste Gewerkschafterdelegation aus der BRD, die sich blicken ließ. Der in Bochum ausgebildete Elektronik-Professor hat seit langem nichts von seinen KollegInnen gehört und wird nicht mehr zu Kongressen eingeladen oder von ihnen besucht. Weder hat sich Audi beim Audi-Händler noch VW bei den Zastava-Arbeitern gemeldet, obwohl das Werk zeitweilig zum VW-Konzern gehört hatte. Jetzt sind sogar die Satellitenübertragungen aus Serbien abgeschaltet, und Gewerkschafter und Grüne, die in die BRD zu Vorträgen kommen wollten, erhalten keine Visa. Den Gequälten soll auch noch der Mund verklebt werden, daß sie nicht mehr schreien können und dem Vergessen anheimfallen.

6. Im Kosovo sind nur noch 30% der ursprünglichen Bevölkerung verblieben. Jetzt bombardiert die Nato auch albanische Dörfer, rund um die Uhr, auch mehrfach (ein Grund für unsere Entscheidung, nicht nach Pristina zu fahren), vornehmlich mit Kassettensplitterbomben. Wasserwerke, Pumpstationen werden bombardiert – und auch das größte Pumpenwerk auf dem Balkan, so daß nichts repariert werden kann. Systematisch werden die Vojvodina im Norden und Kosovo im Süden von Serbien abgeschnitten. Die zerbombten Werke, die wir gesehen haben, kann man nicht reparieren. Man müßte sie von Grund auf neu bauen. Der Vorsitzende des serbischen Gewerkschaftsbundes bezifferte die Kriegsschäden schon jetzt als höher als die im Zweiten Weltkrieg. Es entsteht eine verbrannte Erde, ein Land mit zerstörter Infrastruktur. Wenn vielleicht in fünf bis sechs Wochen Bodentruppen einmarschieren, finden sie ein zerstörtes Land vor. Niemand kann sich vorstellen, daß dahin Flüchtlinge zurückkehren.

7. Daraus ergibt sich für mich: Wir müssen alles tun, daß dieses Nato-Bombardement sofort beendet wird. Wenn es gelingt, dies nur um einen Tag abzukürzen, rettet es viele Menschen. Wir dürfen es der Nato nicht durchgehen lassen, daß ihre Doppelstrategie aufgeht: Das Bombardement täglich zu verstärken und gleichzeitig die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Und wir müssen persönliche Verbindungen von unten aufnehmen oder aufrechterhalten und humanitäre Hilfe auch für die serbischen Bombenopfer leisten.

Darum haben wir ein Spendenkonto „Hilfe für Kragujevac“ (Josef Bergmann) eingerichtet. Hamburger Sparkasse Kto. Nr. 12 30 499 335, BLZ 200 505 50).

Horst Bethge

Linke Schule Friedrichroda

12. bis 15. August 1998

Anreise: 12.8., Beginn 14.00 Uhr

Abreise: 15.8. nach Vereinbarung der Arbeitsgruppen

Ort: Jugendherberge „R. Breitscheid“, Waldstr. 25, 99894 Friedrichroda

Anmeldungen ab sofort bei: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-mail: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.comlink.de

Wie bisher findet die Linke Schule in drei Kursen statt. Wir hatten im Winter verabredet, daß wir die Sommerkurse so gestalten, daß wir einen Beitrag zur anlaufenden Programmdiskussion der PDS leisten.

Arbeitsgruppe Philosophie: *Vernunftdenken versus Sittlichkeitsdenken in der Entwicklung des internationalen Rechts (Völkerrechts).* Vom christlichen Entwurf des internationalen Rechts (Stichwort: Kreuzzüge) zur aktuellen Umwälzung desselben durch EU und NATO. Grotius – Kant – C. Schmitt (u.a.). Die Literaturliste wird in den nächsten Wochen ausgearbeitet. Für Vorschläge sind wir dankbar.

Arbeitsgruppe Geschichte: *Die „Eigentumsfrage“ in deutschen Verfassungen und die aktuelle Programmdiskussion der PDS*

Arbeitsgruppe Wirtschaft: Wir wollen der Frage nachgehen, *wie die verschiedenen Wirtschaftssubjekte ihre Rolle in der Gesellschaft sehen.* Privatwirtschaft, Öffentliche Haushalte, Kommunale Daseinsvorsorge, Genossenschaftliche Wirtschaft, Familienverbände sind nach Funktion, Wertorientierung, Erfolgskriterien verschieden, wenngleich im Prozeß der Reproduktion der Gesellschaft materiell und durch das Medium des Geldes verbunden. Literaturangaben und Zeitplan in der nächsten Ausgabe.

1. Juni bis 11. Juli 1999: Die Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* kehrt nach Hamburg zurück und ist zu sehen in der Freien Akademie der Künste Hamburg, Klosterwall 23, täglich von 9-18 Uhr. Das ständig aktualisierte Begleitprogramm befindet sich im Internet unter: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/sozS/vernichtungskrieg>

13. Juni 1999: *Europawahl*, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

14. Juni 1999: Bonn, Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema: *Soziale und demokratische Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung!* Ort: Bonn, Charles-de-Gaulle-Straße 6, Teilnehmer/in: Dr. Christof Scherrer (Politologe), Dr. Ingo Schmidt (Ökonom), Peter Wahl (WEED) Weitere Informationen durch: Büro MdB Ulla Lötzer (Tel.: 0228-16 81444). Hinweise: Schwerpunkte: – Regulation der internationalen Finanzmärkte – soziale und gewerkschaftliche Standards – Direktinvestitionen und Unternehmensfusionen – Demokratisierung der internationalen Institutionen – Entschuldung von Entwicklungsländern

16. Juni 1999: 28. *Evangelischer Kirchentag* in Stuttgart

18./20. Juni 1999: *Weltwirtschaftsgipfel* in Köln. Ein bundesweites Bündnis ruft zu einem Gegengipfel und zur Demonstration in Köln auf.

26. Juni 1999: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, 12.00 bis 16.00 Uhr, Köln, Zulpicher Str. 7

9. bis 10. Juli 1999: Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Friedrichshafen.

12. bis 15. August 1999: *Linke Schule in Friedrichroda*, Thüringen. Ankündigung der Kurse siehe Kasten.

5. September: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

1.-3. Oktober: *Tagung: Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“* – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

10. Oktober: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

ADRESSAUFKLEBER

Aufruf zur Großdemonstration am 19.6. in Hamburg

Frieden in Kurdistan Freiheit für Öcalan

Die Bilder einer menschenunwürdigen Behandlung des kurdischen Führers, Abdullah Öcalan, die nach seiner Entführung in türkischen Medien vorgeführt wurden, sind uns allen noch in Erinnerung geblieben. Nun wird ihm ein Schauprozess gemacht, bei dem ihm die Todesstrafe droht. Die massive Vorverurteilung im Vorfeld dieses Prozesses in den türkischen Medien und die öffentlichen Äußerungen einiger Verantwortlicher in der Türkei sind besorgniserregend. Es ist zu befürchten, daß Herr Öcalan keinen fairen Prozess, wie ihn die türkische Regierung der Europäischen Union zugesichert hat, bekommen wird. Trotz der Forderung der Europäischen Union nach einem Zivilgericht wird er vor ein vom Militär dominiertes Gericht gestellt. Seine Anwälte wurden in der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Pflichten bei der Vorbereitung der Verteidigung massiv behindert und mit Morddrohungen konfrontiert. Darüber wurde auch in den Hamburger Medien berichtet. Dies alles zeigt, daß die Türkei ihre Zusicherungen gegenüber der EU nicht einhält und selbst die elementarsten Bestandteile eines rechtsstaatlichen und fairen Prozesses mißachtet. Im Gegensatz zu der „strikten Ablehnung der Todesstrafe“ durch die EU äußern sich einzelne Mitglieder der türkischen Regierung öffentlich über die Zeit nach der Vollstreckung der Todesstrafe gegen Herrn Öcalan. Viele Beobachter sprechen davon, daß das Todesurteil für Herrn Öcalan bereits gefallen ist und der Prozess nur dazu dient, den Schein einer Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Das Todesurteil, insbesondere die Vollstreckung eines solchen Urteils, würde die kriegesischen Auseinandersetzungen in Kurdistan eskalieren, die Gräben zwischen Türken und Kurden vertiefen und somit eine friedliche Lösung der Kurdenfrage unmöglich machen. Eine solche Entwicklung würde schwerwiegende Folgen sowohl für die Türkei, den Nahen Osten als auch für Europa mit sich bringen. *Wir sind der Meinung, daß Maßnahmen für eine friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage dringend notwendig sind und daß Herr Öcalan entscheidend zu einer solchen Lösung beitragen kann. Trotz seiner schwierigen Lage plädiert er nach wie vor für eine friedliche Lösung dieses Konfliktes. Alle Verantwortlichen in der Türkei und in Europa sind aufgerufen, dafür einzutreten, die Herrn Öcalan drohende Todesstrafe abzuwenden und somit den Anfang zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage einzuleiten.*

Wir fordern:

- Die Bildung eines internationalen Tribunals, vor dem sich alle Konfliktparteien verantworten müssen,
- die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei und die Aufhebung aller noch nicht vollstreckten Todesurteile,
- den regelmäßigen Zugang für internationale Anwälte und Ärzteteams zu Abdullah Öcalan,
- die Beobachtung des Prozesses gegen Herrn Öcalan durch internationale Delegationen während der gesamten Prozeßdauer,
- die juristische Behandlung der von Herrn Öcalan in Europa gestellten Anträge auf politisches Asyl gemäß den Einreise- und Asylgesetzen der betreffenden Länder wie bei jeder anderen Person, und
- die Vorbereitung sowie die Einberufung einer internationalen Konferenz für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage.

Die Demonstration wird als Sternmarsch in zwei Routen durchgeführt:

Route Grün: Hamburg Altona, Platz der Republik

Route Rot: Hamburg Hauptbahnhof / ZOB

Auftaktkundgebungen um 11 Uhr

Hauptkundgebung: Moorweide – Dammtor, Beginn um 14.00 Uhr

Weitere Informationen: Koordinationsbüro, Tel. (0 40) 3 33 13-4 52
Fax (0 40) 3 33 13-4 53